

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1927

61 (14.3.1927)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Nußstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbmönl. 1.15 M mit, 1 M ohne Zustellung. Einzelpreis 10 P. Sonntags 15 P. — Anzeigen: die einsp. Kolonelle 28 P. Restliche 1 M. Annahmefluß 8 Uhr vorm. Postzeit. Karlsruhe 2650. Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftsstelle: a. Redaktion: Luffenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Schriftleitung: Georg Schöffin; für die Redaktion verantwortlich: Hermann Kadel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag der Betriebsdruckerei Volkshfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe.

Wohnungsdebatte im Reichstag

Der unsoziale Bürgerblut pfeift auf Invalidenrentner und Mieter

Berlin, 12. März. (Eig. Bericht.) Am Samstag gab es zu Beginn der Reichstagsverhandlungen zunächst einen sozialdemokratischen Vorstoß zugunsten der Invalidenrentner. Abg. Karstz verlangte, daß endlich der schon seit 1 1/2 Jahren eingebrachte sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung der Invalidenrente als erster Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wird. Schon im Ausschuss hat es am gleichen Tage lebhaftes Zusammenstoßen zwischen Sozialdemokraten auf der einen und der Regierung und den Regierungsparteien auf der anderen Seite gegeben, weil der Bürgerblut versucht, die dringend nötige Erhöhung der Invalidenrenten zu verschleppen. Auch in der Vollversammlung des Hauses schwiegen sich die Regierungsparteien aus. Nur der Reichsarbeitsminister erklärte, daß es unmöglich sei, „so plötzlich“ diesen sozialdemokratischen Antrag zu beraten. Er vermieß insbesondere auf den Finanzminister, der noch nicht genug eingearbeitet sei, um die finanziellen Wirkungen des Antrages auf den Reichsfinanzen zu überschauen. Da auch die Demokraten der sofortigen Beratung des sozialdemokratischen Antrages widersprachen, konnte er nicht auf die Tagesordnung vom Samstag gesetzt werden.

Dann führte das Haus die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums fort und zu Ende. Für die Sozialdemokratie gab Abg. Hüttmann eine ins Einzelne gehende Schilderung der heutigen Wohnungsnot und brachte zum Teil ganz neues Material vor. Gegen die weitere Mieterhöhung führte er u. a. aus, man habe bisher nichts davon gehört, daß diese Mieterhöhungen dem sozialen Zweck, Neubauten zu errichten, zugeführt werden sollen.

Bei den zahlreichen Abkündigungen wurden alle kommunistischen Anträge abgelehnt. Diese Anträge waren zum Teil sehr sonderbaren Charakters. So verlangten die Kommunisten die Streichung aller Ausgaben für das Internationale Arbeitsamt in Genf, was schon insofern unfinnig ist, als die Kommunisten doch die Ratifikation des Washingtoner Abkommens beantragen, das ja auch ein Werk des Völkerbundes ist. Im übrigen wurden im wesentlichen die Ausführanträge angenommen. Der Bürgerblut zeigte sich sehr sozial. So lehnte er einen sozialdemokratischen Antrag ab, für einen Betrag von 8 Millionen Mark mehr zur Förderung des Wohnungsbaues für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zu verlangen, während jetzt nur 2,5 Millionen Mark im Haushalt für diese Zwecke eingeplant sind. Ein Antrag, der den gewiß bescheidenen Betrag von 200 000 M zur Förderung des Kleingartenwesens verlangte, konnte ebenfalls wegen des Widerstandes im Bürgerblut nicht angenommen werden; er wurde auf Antrag des Zentrums dem Ausschuss überwiesen. Ein demokratischer Antrag, der zum Schutz der Ladeninhaber verlangte, daß die Kündigung für unzulässig erklärt werden sollte, durch die die wirtschaftliche Existenz des Mieters gefährdet erscheine, verfiel ebenfalls der Ablehnung durch den Bürgerblut.

Sitzungsbericht

Berlin, 12. März. Die Sitzung wurde um 1 Uhr vom Vizepräsidenten Kieffer eröffnet. — Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Abg. Karstz (Soz.) einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Erhöhung der Invalidenrenten als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Dieser Antrag ist schon vor 1 1/2 Jahren eingebracht worden, er wurde dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen, der ebensowenig wie ein Unterausschuss bisher Beschlüsse gefaßt hat, weil die Regierungsparteien sich über ihre Stellungnahme noch immer nicht klar werden konnten.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

beruft sich auf seine Ausführungen vom Freitag, wonach die Regierung die Invalidenrenten erhöhen und einen Teil der Kosten übernehmen wolle. In der Samstagabend Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses habe der Regierungsvizepräsident die Einzelheiten darüber bereits mitgeteilt. Die neue Gesamtsitzung bei der Durchführung dieser Vorarbeiten würde 120 Millionen im Jahre betragen. Davon würde das Reich den dritten Teil wenigstens von nächsten Jahre an zu tragen haben, für dieses Jahr ständen andere Quellen zur Verfügung. Wenn diese Angelegenheit im Ausschuss noch nicht erledigt worden sei, so liege das an der Überlastung mit einer Menge schwerer Fragen, die gleichzeitig Brennpunkt geworden seien: Außenpolitik, Finanzausgleich, Arbeitszeit usw. Dazu komme, daß der Finanzminister ganz neu in seinem Amt sei und die Auswirkungen der Erhöhungen auf den Etat noch nicht übersehen konnte. Es liege der Regierung fern, mit der Not der Arbeitsinvaliden zu spielen. Die Beratungen im Plenum könne aber noch keinen Nutzen bringen, man solle noch die Verhandlungen des Ausschusses abwarten. Die Anträge bedeuteten eine Mehrausgabe von 700 Millionen, darüber sei eine Vorberatung im Ausschuss notwendig.

Abg. Wübel (Kom.) verlangt gleichfalls die sofortige Beratung dieser Materie. — Abg. Schneider-Berlin (Dem.) widerspricht dem sozialdemokratischen Antrag, weil er erwar-

tet, daß seine Beratung im Ausschuss, wie verprochen worden sei, am Dienstag beginnen werde. — Infolge dieses Widerspruchs kann der Antrag nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums wird bei dem Abschnitt Wohnungs- und Siedlungswesen fortgesetzt.

Abg. Wübel (Dem.) wendet sich gegen die Wohnungspolitik des preussischen Wohnfabrikministers Vitzthum. Die Zwangswirtschaft für Wohnungen sei von den Hausbesitzern selbst zum Schutze gegen die Hypothekensklaverei verlangt worden. Nachdem sie jetzt von den Hypothekensklavieren befreit sind, möchten sie die Zwangswirtschaft wieder los sein.

Abg. Hüttmann (Soz.)

weist darauf hin, daß wir in den letzten Jahren wiederholt Auseinandersetzungen über die Wohnungsfragen gehabt haben, ohne daß ein Erfolg einetreten wäre. Das private Kapital ist gar nicht imstande, die Schwierigkeiten in der Wohnungsfrage zu beseitigen. Aus der mangelhaften Bau-tätigkeit hat sich ein unerträglicher Zustand entwickelt. 1913 wurden 4,25 Prozent an Wohnungen neu gebaut, im letzten Jahre waren es nur 1,65 Prozent. Im vergangenen Jahre waren, trotz der Notwendigkeit des verstärkten Wohnungsbaus, 75 Prozent der Bauarbeiter ohne Beschäftigung. Auch jetzt herrscht noch große Arbeitslosigkeit im Baugewerbe, trotzdem der Stand des Wohnungsmarktes eine hohe Produktion verlangt. Wir haben im vorigen Jahre 695 000 Geschlechtslose gebaut, das Wohnungselend hat sich also noch verschlimmert. Dabei muß man bedenken, daß nicht nur die fehlenden Wohnungen gebaut werden müssen, man muß endlich auch daran gehen, die schlechtesten Wohnungen in den alten Häusern, besonders die furchtbaren Mietkloaken, wie in Berlin und anderen Orten durch Neubauwohnungen zu ersetzen. Zeit sollen die Mieter weiter erhöht werden. Wir haben bisher noch gar nicht gehört, ob die höheren Mietererträge auch dem sozialen Zwecke des Neubaus von Wohnungen zuegeführt werden sollen. Der Grundgedanke, von dem sich die Regierung bei der Steigerung der Mieten leiten läßt, ist das Bestreben, die Mieten für neue und alte Wohnungen einander anzugleichen. Die Erhöhung der Mieten ist aber nicht der richtige Weg dazu, es muß vielmehr dafür gesorgt werden, daß die Baustoffpreise erheblich gesenkt werden. So haben die Preise in der Ziegelindustrie eine unanulobliche Höhe erreicht, trotzdem es sich hier um eine Produktion im eigenen Lande handelt und eine Einfuhr aus dem Auslande nicht notwendig ist. Aber die Karlele üben hier einen so starken Einfluß aus, wie sonst in keiner anderen Industrie. Will man die Preise für Neubauwohnungen senken, so muß der Kampf gegen den Baustoffwucher durchgeführt werden. Wenn die Regierung die Absicht gehabt hat, die Wohnungsmieten jetzt zu erhöhen, so hätte sie schon im vorigen Jahre dafür sorgen müssen, daß die Löhne erhöht wurden. (Sehr wahr bei den Soz.) Aber jetzt zu sagen, die Löhne müssen erhöht werden, damit die Hausbesitzer erhöhte Mieten erhalten, das ist keine soziale Politik! Wenn die Mieten jetzt mit höheren Mieten belastet werden, dann müssen sie sich auf andere Weise der Lebenshaltung einschreiben, nur ein geringerer Bruchteil der Bevölkerung wird instande sein, durch Erhöhung der Einnahmen die Mieterhöhung auszubringen. Die sozialdemokratische Fraktion verlangt, daß die letzten Mieten vorläufig bis zum 1. April 1928 weiter bestehen bleiben sollen. Die Mieterhöhung für gewerbliche Räume in Preußen, die durch die Vereinfachung der Zwangswirtschaft eingeleitet ist, hat unter den davon betroffenen Kreisen die stärkste Empörung hervorgerufen. Die sozialdemokratische Fraktion beantragt, daß die Verordnung des preussischen Wohnfabrikministers darüber wieder zurückgezogen wird. (Leb. Beifall s. d. Soz.)

Abg. Wübel (Dem.) wendet sich gegen die Anträge der Mietergesellschafter. Man solle in das Mieterschussgesetz ein Bestimmung einfügen, wonach die Forderung, Annahme oder das Verprechen einer höheren Miete für die von der Zwangswirtschaft betroffenen Räume mit Geld oder Gehaltens befristet wird. — Abg. Wübel (Soz.) gibt der überpannten Zwangswirtschaft die Schuld daran, daß die heutigen Zustände auf dem Wohnungsmarkt entstanden seien. Der Mieterschuss komme auch wirtschaftlich flachen Mietern zu Gute, während zahlreiche Hausbesitzer Not litten.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärt, daß alle Parteien in den Grundfragen einig seien: Beseitigung der Wohnungsnot, der Arbeitslosigkeit, Senkung der Baukosten. Die Angleichung der Neu- und Altmieten notwendig. Rücksicht die Lage der Mieter nicht sein. Aber die Zeit für eine Mietsteigerung sei heute günstiger als im vergangenen Jahre, da die Löhne eine steigende Tendenz aufwiesen. Die Freigabe der gewerblichen Räume sei Sache der Länder, der Arbeitsminister könne also die preussische Verordnung nicht aufheben, dagegen werde er die Ansetzung von Stiebsstellen vornehmen.

Abg. Krüger-Rosch (Soz.)

Im außerordentlichen Haushalt des Reichsarbeitsministeriums sind 15 Millionen Mark zur Förderung des Wohnungsbaues eingeplant worden, von denen 2 Millionen auf die Kriegsbeschädigten und 12,5 Millionen auf die Beamten, Arbeiter und Angehörigen des Reichs entfallen. Wir beantragen diese Position um 5 Millionen zu erhöhen und von den 20 Millionen 8 Millionen zur Förderung des Wohnungsbaues für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zur Verfügung

zu stellen. Wir sind der Meinung, daß die Deutsche Republik vor allem für die tuberkulösen Kriegsbeschädigten zu sorgen hat, also für solche Leute, die zu einem großen Teil ohne Wohnung sind, die keiner gern nimmt und die in allererster Linie in gesunden Wohnungen untergebracht werden müssen. Wir haben im ganzen 41 688 lungentranke Verjüngungsberechtigte, davon aus dem Krieg allein 39 580. (Hört! Hört! links.) Wenn es bei dem bisherigen Zustand bleibt und wenn man den Kriegsbeschädigten für den Bau eines kleinen Häuschens eine Spende von 400 M für die Polsterung zur Verfügung stellen würde, dann würden in ganz Deutschland 625 Kriegsbeschädigte davon betroffen sein, also gegenüber den großen Zahl von rund 40 000 eine außerordentlich kleine Zahl, die in den Genuss einer guten Wohnung kommen kann. Wenn man das weiter berechnet, dann würden insgesamt 140 Jahre vergehen, um alle diese Kriegsbeschädigten in gesunden Wohnungen unterzubringen. (Hört! Hört! links.) Bei den jetzigen Zuständen würden in einer preussischen Provinz insgesamt nur 15 bis 20 Kriegsbeschädigte berücksichtigt werden können. Nach Mecklenburg sind beispielsweise im Jahre 1925 ganze 5000 M gekommen, davon hat man gerade zwei Kriegsbeschädigte berücksichtigt. Im Jahre 1926 sind mit 22 000 M Ueberweisung neun Geschädigten Zuschüsse gewährt worden. In diesen Jahre sollen aus dem gleichen Betrag 41 lungentranke Geschädigten je 2000 M gegeben werden. Dabei ist noch gar keine Rede von den Hinterbliebenen. Den 4510 Hinterbliebenen ist nicht ein einziger Pfennig zur Verfügung gestellt worden. (Hört! Hört! bei den Soz.) Baden hat 56 100 Kriegsbeschädigte; nach dem jetzigen Maßstab könnten dort im ganzen 17 Kriegsbeschädigte berücksichtigt werden. So darf es nicht weitergehen, das Reich und der Reichstag müßten gerade für diese Armen noch viel mehr tun. Wir wollen uns aber zunächst mit den von uns beantragten 5 Millionen begnügen und erwarten, daß der Reichstag unserem Antrage zustimmt.

Abg. Hüllein (Komm.) beantragt, daß die Mieten bis 31. März 1932 nicht gesteigert werden dürfen. — Abg. Trommel (Z.) weist darauf hin, daß ohne öffentliche Bauzuschüsse bei den heutigen Kreditverhältnissen der private Wohnungsbaunicht gefördert werden könne. — Abg. Dr. Köpff (Wirtsch.) befreit, daß der Hauswirt jemals Herrscherrolle gehabt habe. Die Befreiung von einem Teil der Hypothekenzinsen habe keine Rolle, da der Hausbesitzer heute nur 20 bis 30 Proz. der Miete erhalte. Tatsächlich sei der Hauswirt bei der Zwangswirtschaft der einzige Leidtragende. — Abg. Dr. Steiniger (D.M.) hält die Zahlen der Wohnungsuchenden, die von der Dinten genannt wurden, für weit übertrieben. Nichts spreche dafür, daß es mehr als 100 000 wohnungsuchende Familien gebe. Es werde jetzt viel mehr gebaut als im Frieden. — Abg. Seifert (Wstl.) verlangt, daß in die Stiebsstellen auch Vertreter der Sparar berufen werden. — Abg. Frau Lüders (D.) weist den kommunistischen Redner auf die schlechten Wohnungsverhältnisse in Preußen hin, die sogar mit Hilfe ausländischen Kapitals gemindert werden sollen.

Abg. Tempel (Soz.)

fordert eine stärkere Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung, die eine Aufgabe von großer gesellschaftlicher Bedeutung sei. Die zur Verfügung stehende Landmenge ist außerordentlich groß, allein in Norddeutschland befindet sich kulturfähiger Boden in einem Umfang, der größer ist als ganz Bayern. Es kommt vor allem darauf an, Landarbeiter aus Preußen, dann aber auch überflüssige Glieder aus Bauernfamilien und kleine Leute aus Hannover und anderen Weltabteilen anzusiedeln. Die Verteilung in den sieben preussischen Provinzen ist unbillig. Es müßte dort eine ganze Armee von Bauern hingeschickt werden, das wäre der beste Sozialismus, den wir treiben könnten. Wir erleben hier, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung in diesen Gebieten noch wesentlich geringer geworden ist. Warum kommt die Siedlungsbewegung nicht weiter? Weil ein Krieg zwischen den Behörden ausgebrochen ist, die großen Herren streiten sich und die Bauern haben den Schaden. Der große Aufwand der letzten Jahre ist ohne Nutzen verthan worden. Die notleidenden Bauern haben von den zur Verfügung gestellten Summen bisher nichts erhalten, weil die Behörden sich verweigern. (Hört! Hört! bei den Soz.) Die Landbesiedlungsgesellschaften arbeiten vielfach mit einem zu großen Apparat. Unter dem Druck der Öffentlichkeit müssen die in Betracht kommenden Beamten gezwungen werden, den Willen des Reichstages auszuführen. Die Sozialdemokratie beantragt nunmehr, daß alles Land im Osten, das bei den einzelnen auf 750 Hektar überschreitet, dem Reich zur Besiedlung zur Verfügung gestellt wird. Wir werden sehen, ob die anderen Parteien mit uns den kleinen Bauern helfen wollen.

Der Redner verlangt denn, daß für den Pachtbau eine Dauerregelung geschaffen wird. Das ichtiges Provinzforum führt zu großen Unklarheiten. Die Hälfte der Landwirte ist daran interessiert. Wir begrüßen es, daß jetzt auch die Bauern politisch erwachen und sich der Führung durch die Großagrarien entschließen wollen. Wir Sozialdemokraten werden alles tun, dieses politische Erwachen der Kleinbauern zu fördern. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bes-Oweln (Zentr.) bezeichnet gleichfalls das Verhältnis zwischen Groß- und Kleinbetrieben in den städtischen Provinzen als sozial ungesund. — Abg. Westermann (D. Sp.) wünscht, daß nicht nur die Neusiedlung, sondern auch die An siedlerbesiedlung gefördert werde. Man müsse aber auch den Schutzsozialwünschen der alten Landwirte mehr entgegenkommen. — Abg. Puh (Komm.) behauptet, daß die höheren Beamten in Preußen nicht allein daran schuld seien, wenn die Siedlung in den Ostprovinzen nicht vorantreibe, die Parteien

die im preussischen Landtag die Mehrheit hätten, seien ebenso verantwortlich zu machen. — Uba. Könnberg (Dem.) macht darauf aufmerksam, daß Deutschland eine Insel des feudalen Großgrundbesitzes in Europa zu werden droht. Wir brauchen endlich eine Verringerung der Besitzverteilung; wenn das bisherige Tempo beibehalten wird, könne es zu gefährlichen Ummächtigungen kommen. — Uba. Behrens (Dntl.) wünscht, daß den Landarbeitern mehr als bisher Aufstiegschancen gegeben werden. Die Zinsfälle für die Siedlungen seien immer noch viel zu hoch. Es folgt der Abschnitt Versorgungswesen.

Abg. Paffel (Soz.)

erklärt, daß die Kriegsbeschädigten nicht ohne Groß vernehmen werden, daß zur Befriedigung ihrer Angelegenheiten nur wenige Minuten zur Verfügung gestellt worden sind. Bei den ärztlichen Untersuchungsstellen bestehen noch schwere Mängel. Eine lange Wartezeit ist oft notwendig, ehe ein Antragsteller überhaupt eine Vorladung bekommt. Es handelt sich hier nicht nur um einen vorübergehenden Zustand. Die Versorgungsämter können sich noch immer nicht dazu entschließen, ihre Vertrauensärzte außerhalb des Kreises der amnestierten Ärzte zu nehmen. Den Kriegsbeschädigten, die sich für ihr Vaterland geopfert haben, muß eine bessere Behandlung zuteil werden. Die soziale Berufshilfe für die Kriegsgemalinen muß verbessert werden. Die Heilbehandlung für die Hinterbliebenen muß durchgeführt werden. Die soziale Unterstützung muß abgebaut werden und in die eigentliche Rente eingebaut werden. Wie steht es mit der Wiedereingliederung der Gehörlosen bei den Versorgungsämtern? Wann wird endlich die vom Reichstag im vorigen Jahre geforderte Verbesserung der Versorgung der Kriegsbeschädigten durchgeführt? Die Regierung hat sich bisher darüber ausgesprochen. Die Tatsache, daß sich die Kriegsbeschädigtenorganisationen nicht am Volkstraumtag beteiligen, läßt auf eine sehr ernste Stimmung in ihren Kreisen schließen. Setzt man endlich alles aufgeben, um das bisher an den Kriegsbeschädigten verübte Unrecht wieder gut zu machen. (Lebh. Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Uba. Weber-Düsseldorf (Komm.) bezeichnet die Versorgungsämter als Verschleppungsstellen und Rentenquerschnen. — Ministerialdirektor Kerschbaumer teilt mit, daß die einheitliche Heilbehandlung im Einvernehmen mit den Fürsorgestellen in Aussicht genommen sei. — Das Haus geht nunmehr zu den Abstimmungen über.

Der Haushalt wird nach den Beschlüssen des Haushaltsausschusses verabschiedet. Der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung der Mittel für den Bau von Wohnungen für Kriegsbeschädigte und Beamte, Angestellte usw. des Reiches von 15 auf 20 Millionen abgelehnt. — Eine größere Anzahl von Anträgen wird den Ausschüssen überwiesen, darunter der sozialdemokratische Antrag, wonach Innungsgerichtsverfahren vorläufig nicht erachtet werden sollen. — Angenommen wird ein Antrag der Regierungsparteien, wonach die obersten Landesbehörden für Räume, die vom Mieterschutz ausgenommen sind, allgemeine Grundzüge über die Gesichtspunkte aufzustellen haben, die unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse für die Beurteilung der Angemessenheit des Mietzinses von Bedeutung sind. Die oberste Landesbehörde kann anordnen, daß einer Klage, mit der die Herausgabe eines vom Mieterschutz ausgenommenen Raumes verlangt wird, ein Schiedsverfahren vor dem Mieteinigungsamt vorausgehen soll. — Um 7.30 Uhr vertagt sich das Haus auf Montag nachmittags 2 Uhr.

Sozialpolitischer Ausschuss. In der Freitag-Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages wandte sich Uba. Hoch (Soz.) bei der Weiterberatung zur Arbeitslosenversicherung gegen die in der Regierungsvorlage enthaltenen Vorschriften, die bei freiwilliger Aufgabe einer Arbeitsstellung einen Entzug der Arbeitslosenunterstützung auf vier Wochen vorsehen. Die für die Auslegung sehr dehnbare Fassung erfuhr eine kleine Verbesserung. Der übrige Teil der Ausschubstimmung war ausgefüllt von einer sehr scharfen Auseinandersetzung über den Artikel 57, der nach den Ausführungen der sozialdemokratischen Redner Grohmann, Wey und Aufhäuser einem Antistreibes gleichkommt. Nach der Regierungsvorlage würde allen Arbeitern und Angestellten, die auch nur indirekt durch einen Streik oder eine Aussperrung in dem gleichen oder irgend einem anderen Betriebe arbeitslos werden, für die Dauer des Arbeitskampfes die Unterstützung entzogen. Der Regierungsvorlage vermochte diese Bestimmungen selbst nur sehr schwach zu verteidigen.

Der Sprecher der Deutschen Volkspartei Dr. Pfeffer gab zu, daß insbesondere Leitstreiks von qualifizierten Arbeitergruppen ernsthaft werden sollten. Im übrigen fand sich aber auch in sämtlichen bürgerlichen Parteien nur noch der Zentrumspartei in einer für die Arbeiterklasse geradezu empörenden Weise verteidigte. Es ist allerdings für die neue politische Situation kennzeichnend, daß in letzter Zeit dieser besonders reaktionäre Abgeordnete immer mehr zum Wortführer seiner Fraktion gemacht wird. Angesichts des scharfen Widerstandes von sozialdemokratischer und demokratischer Seite ist die Abstimmung über den Antistreibeparagraphen zunächst vertagt worden.

Disziplinarverfahren gegen Kölling und Hoffmann

Ein unverständliches Urteil

Berlin, 12. März. Wie der amtliche Preussische Pressedienst meldet, hat in dem Disziplinarverfahren gegen Landgerichtsrat Kölling und Landgerichtsdirektor Hoffmann der Disziplinarhof in Raumburg nach mehrwöchiger Verhandlung gegen Kölling auf einen Verweis erkannt und gegen Hoffmann auf Versetzung in ein anderes Richteramt vom gleichen Range, sowie eine Geldstrafe von 200 M. Die Amtssuspension gegen Hoffmann ist aufrechterhalten worden.

Landesverrat

Berlin, 11. März. (Eig. Bericht.) Am Freitag hatte sich unter Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Verrats militärischer Geheimnisse der frühere Schiffe Hellmut Lippmann vom 11. Infanterieregiment in Freiberg vor dem 5. Strafsenat des Reichsgerichts zu verantworten. Lippmann, der Schreiber bei der 4. Maschinengewehrkompanie war, wird beschuldigt, im August 1926 Nachrichten, die im Interesse des Reichs geheim zu halten waren, an eine fremde Macht auszuliefern zu haben. Der Angeklagte hatte sich in der Verteidigungswahl, aufgeschalten und bei seiner Rückkehr sich freiwillig der Polizei gestellt. Das Gericht verurteilte Lippmann wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu drei Jahren sechs Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust.

Parteitag 1927

Der Parteivorstand beruft hiermit den diesjährigen Parteitag am 22. Mai und folgende Tage nach Kiel, Gewerkschaftshaus, Legienstraße 22, ein.

- Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:
1. Bericht des Parteivorstandes:
 - a) Allgemeines. Berichterstatter: Otto Wels.
 - b) Agitation, Organisation und Kaffe. Berichterstatter: Dr. Bartels und R. Ludwig.
 2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: Friedrich Brühne.
 3. Das Saarprogramm. Berichterstatter: Dr. Saade und Regierungsrat Dr. Krüger-Kühnert.
 4. Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Berichterstatter: Robert Schmidt.
 5. Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik. Referent: Dr. Hildebrand.
 6. Bericht über die sozialistische Arbeiter-Internationale. Berichterstatter: Artur Crispian.
 7. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Dites, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.
 8. Erledigung der Anträge, soweit sie durch die vorstehende Tagesordnung noch nicht erledigt sind.

Am Anschließ an den Parteitag findet in Kiel eine

Frauentag

statt. Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Jahresbericht. Berichterstatterin: Marie Zuchaca.
2. Wohnungsnot und Wohnungsreform. Referenten: Dr. Bertha Kraus-Köln.

Der Parteitag setzt sich zusammen aus den in den Bezirksverbänden gewählten Delegierten, der Vertretung der Reichstagsfraktion, den Mitgliedern des Parteivorstandes, des Parteiaussschusses und der Kontrollkommission.

An der Frauentag sind zur Teilnahme berechtigt: Ein bis zwei Delegierte aus jedem Bezirksverband, die weiblichen Delegierten des Parteitag, die weiblichen Mitglieder der Reichstagsfraktion und je ein weibliches Mitglied der Landtagsfraktionen, ferner Genossinnen, die von den Bezirksleitungen mit Mandaten zur Konferenz verliehen sind.

Anträge für die Tagesordnung des Parteitages werden nur behandelt, wenn sie von Parteiorganisationen gestellt und spätestens bis zum 20. April beim Parteivorstand eingereicht sind, damit sie laut Organisationsstatut § 13, Absatz 2, spätestens am 24. April im „Vorwärts“ veröffentlicht werden können.

Zum Parteitag gestellte Anträge müssen jeder für sich auf ein besonderes Blatt Papier, einseitig beschreiben und mit der Angabe, zu welchem Punkt der Tagesordnung gehört, versehen sein.

Wegen Wohnungsnot und Organisation müssen sich die Delegierten rechtzeitig beim Lokalkomitee melden. Adresse: Otto Caserwitz, Kiel, Legienstraße 22.

Geldkarten für den Parteitag werden von dem Lokalkomitee in Kiel ausgeben; Zutrittskarten für die Berichterstatter der Presse nur vom Parteivorstand, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Der Parteivorstand.

Vom Völkerverbund

Ein Kompromiß in der Saarfrage

Genf, 12. März. (Eig. Bericht.) Der Völkerverbund beendete am Samstagabend seine erste Session in diesem Jahre mit der Annahme eines Kompromißvorschlages über das Saarproblem. Die einstimmig angenommene Entschliessung hat folgenden Wortlaut:

„Der Völkerverbund nimmt Kenntnis von dem Bericht der Regierungskommission über die Sicherung des Eisenbahnwesens und Verkehrs im Saargebiet. Die neue Bahnstrecke soll in spätestens drei Monaten gebildet sein, bis zu diesem Zeitpunkt werden die französischen Truppen zurückgezogen. Sowohl die Bahnstrecke als die Eisenbahnkommission sind der Regierungskommission des Saargebietes unterstellt und nur ihr verantwortlich. Die Bahnstrecke soll nur in ganz außerordentlichen Fällen zur Verwendung gelangen. Die Truppenstärke von 800 Mann ist als Höchstzahl bestimmt. Die Regierungskommission ist ermächtigt, sie zu erniedrigen, wenn sich hierzu die Möglichkeit erweist.“

Der Präsident der Tagung, Stresemann, schloß die öffentliche Sitzung mit Worten der Anerkennung für den zurückgetretenen italienischen Untergeneralsekretär des Sekretariats. In einer darauffolgenden Geheimnisung erließ die Rat die Wahl der Regierungskommission für das Saargebiet. Als Präsident wurde Stephens wiedergewählt; er soll so lange im Amte bleiben, bis Kanada einen anderen geeigneten Bewerber präsentiert. Die übrigen Mitglieder der Regierungskommission wurden auf ein weiteres Jahr befristet.

Genf, 12. März. (Eig. Bericht.) In der Kommissionsitzung des Völkerverbundes wurde über den obersteinsten Schulkonflikt ein Bericht angenommen, der sowohl die Zustimmung der deutschen wie der polnischen Delegation fand und im wesentlichen dem Standpunkt Deutschlands gerecht wird. Es soll vor allem eine schnell funktionierende oberste Entscheidungsstelle für alle noch vorliegenden Streitfälle geschaffen werden. Das Verfahren läuft darauf hinaus, Kinder mit deutscher wie auch polnischer Sprache,

soweit die Eltern das wünschen und die Möglichkeit zur Verfolgung des Unterrichts gegeben ist, Minderheitschulen zuzuführen. Die letzte Entscheidung bei derartigen Streitfällen liegt bei dem Präsidenten Calonder, der auf Kosten Polens durch einen schweizerischen Pädagogen bei der Behandlung dieser Frage unterkühlt wird.

Es handelt sich bei dieser Vereinbarung lediglich um eine Sondermaßnahme zur Regelung eines durch das Genfer Abkommen vom 15. Mai 1922 nicht vorgesehene Falles. In dem von dem Völkerverbund einstimmig angenommenen Bericht wird das ausdrücklich festgelegt. Der Reichsaussenminister hob das in einer kurzen Rede nochmals besonders hervor.

Die Entschliessung des Völkerverbundes über die Saarprobleme ist zwar, soweit die Haltung der deutschen Delegation in Frage kommt, nicht offiziell mit der Zustimmung des Kabinetts in Berlin erfolgt. Aber man verheißt sich keineswegs die ungeheuren Schwierigkeiten und erkennt an, daß Stresemann sein Möglichstes getan hat. Das gilt auch für die deutschnationalen Minister, während die Presse gerabegut heult und teilweise den Rücktritt des Reichsaussenministers, sowie den Austritt Deutschlands aus dem Völkerverbund fordert. Der Berliner „Volkswagen“ bringt es sogar fertig, die verlogene Behauptung aufzustellen, daß Stresemann die Koalitionsparteien „vor vollendete Tatsachen“ gestellt habe. Richtig ist dagegen, daß die deutschnationalen Minister über den Gang der Verhandlungen in Genf jederzeit unterrichtet waren und keineswegs „vor vollendete Tatsachen“ gestellt worden sind. Diese ganze Zweideutigkeit der Deutschnationalen zeigt wieder einmal, wie diese Gesellschaft auch in Zukunft, trotz aller Verantwortung für die Regierungspolitik ihre agitatorischen Bedürfnisse keineswegs einzuführen gedenkt und im Lande herabstößt, was sie in Wirklichkeit zu verantworten hat.

Eine Rundgebung der Saarländischen Sozialdemokratie

Saarlouis, 14. März. (Hundst.) Der am Sonntag abgehaltene Parteitag der deutschen Sozialdemokratie des Saargebietes nahm folgende Entschliessung an: „Der sozialdemokratische Parteitag des Saargebietes dankt dem Gen. Banderbe, dem unermüdbaren und unerschrockenen Vorläufer für demokratische und sozialistische Forderungen im Völkerverbund, für die tatkräftige Unterstützung der Saarbevölkerung in ihren Wünschen. Der Parteitag begrüßt insbesondere die nach den bisherigen Meldungen erfolgte Anregung Banderbes auf Entsendung eines zweiten deutschen Mitgliedes der Regierungskommission in der Person eines Sozialisten, um einerseits die sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Probleme des Saargebietes vorwärts zu treiben und andererseits eine feste Vertretung der deutschen Interessen in der Saarcommission entgegen dem Anspruch Deutschlands nach seinem Eintritt in den Völkerverbund zu gewährleisten. Der sozialdemokratische Parteitag stellt mit dem Genossen Banderbe eine endgültige Lösung des Saarproblems nur auf dem Wege der Vollendung der deutsch-französischen Verständigung.“

Außerdem gelangte noch folgende Entschliessung zur Annahme: „Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie an der Saar dankt dem Führer der französischen Sozialdemokratie, dem Genossen Leon Blum, für seine fähige Stellungnahme zu Gunsten des Selbstbestimmungsrechtes der Saarbevölkerung und der sofortigen Zurückgabe des Saargebietes an Deutschland. Wir deutschen Sozialisten an der Saar haben es als besonders mutig empfunden, daß die französische Sozialdemokratie bereits im Januar 1924 unter der Leitung der Nationalen Volksfront dem deutschen Sozialisten ihre Unterstützung gegen jeden Imperialismus anbot und wir sind einig mit der vor einigen Tagen proklamierten Forderung unferer französischen Genossen Leon Blum nach sofortiger Rückgabe des Saargebietes. Die deutsche Sozialdemokratie an der Saar steht in der Haltung ihrer französischen Genossen nicht nur einem wesentlichen Beweis internationaler Freundschaft und Solidarität, sondern auch einem wesentlichen Beitrag zur deutsch-französischen Verständigung.“

Die Entschliessung auf die unheilvollen Folgen des Eintritts der Deutschnationalen in die Regierung für die Saar aufmerksam und fordert das deutsche Proletariat auf, alles daran zu setzen, um eine andere Zusammenfassung der Reichsregierung zu erreichen.

Abreise der deutschen Delegation

Berlin, 14. März. Reichsaussenminister Dr. Stresemann und die übrigen Herren der deutschen Delegation sind gestern abend 6 Uhr von Genf nach Berlin abgereist. Am Bahnhof wurde die Untergeneralsekretäre des Völkerverbundes Dabour und Miletto angewendet.

Genf, 12. März. Die nächste Ratstagung ist auf Montag, den 13. Juni, festgesetzt worden. Ueber den Ort der Tagung ist eine Verständigung noch nicht getroffen.

Belagerungszustand in Bessarabien

Berlin, 14. März. (Hundst.) Aus Bessarabien wird gemeldet, daß die rumänischen Behörden dort den Belagerungszustand verhängt haben. Die Ursache dieser Maßnahme ist in den anhaltenden Protestkundgebungen der Bevölkerung zu suchen, die sich entziehen gegen die Einfuhr von rumänischer Getreide wehrt.

Französisches Kriegsgericht

Verhandlung gegen die deutschen Gendarmen

London, 11. März. Der Prozeß gegen die beiden Gendarmekommandanten Ulrich und Gresser von Witten und Steinsfeld stand am Donnerstag nachmittags zur Verhandlung, obwohl sich Staatsanwalt Tropey und der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Fähr-Franfurt, schon vorher über einen gemeinsamen Antrag auf Vertagung der Angelegenheit geeinigt hatten. So kam es, daß weder die Angeklagten, noch die Zeugen erschienen waren.

Nach der Eröffnung der Sitzung wurde die „ordre mio jugement“ verlesen. Die Anklage lautet gegen beiden Angeklagten auf „volentes volontaires“ und beleidigende Haltung gegenüber dem bekannten Lucien Londs, von dem die Angeklagten auszuweichen hätten, daß es sich um ein Mitglied der Wehrmacht handelt. Die beleidigende Haltung wird dem Londs als Identitätskarte „aus der Hand rissen“ während die „Gewaltanwendung“ auf die zwangsweise Entfernung des Londs aus dem Saal zurückzuführen ist, als dieser sich weigerte, seinen Personalausweis vorzulegen.

Staatsanwalt Tropey stellte den Antrag auf Vertagung des Verfahrens auf einen von General Douha zu bestimmenden Termin, ohne jedoch den Antrag auch nur mit einem Wort zu begründen. Der Verteidiger Dr. Fähr erklärte, daß er den Antrag des Staatsanwalts nicht widerspreche, woraufhin der Gerichtshof mit 4 gegen 1 Stimme dem Antrag stattgab und die Verhandlungen vertagte.

Das Elend der Invaliden

Vom 12. bis 14. März veranstaltet der Zentralverband der Arbeitslosen und Witwen Deutschlands im ganzen Reich große Kundgebungen für die Erhöhung der Renten und für den Ausbau der Fürsorgeleistungen. Die Arbeitslosen zählen zu der Bevölkerungsschicht, der es am schlechtesten geht. Vor allen Dingen sind es die Invaliden, aber auch ein Teil der Unfallrentner und ebenso die Rentennempänger aus anderen Arbeiter-Versicherungsweisen, die ein überaus trostloses Dasein zu führen gezwungen sind. Der Elend für die außerordentlich klaglichen Renteneinkünfte durch die Fürsorge ist so mangelhaft, daß damit eine auch nur einseitigen gesunde Existenz nicht befristet werden kann.

Die Gesetzgebung hat die Arbeitsinvaliden in den letzten Jahren überaus mitleidig behandelt. Die Saumlosigkeit des Reichstags und der Reichsregierung ist ersprechend. Forderungen der Arbeitsinvaliden auf Erhöhung der Invalidenrenten wurden bereits im November 1925 dem Reichstage unterbreitet. Die Sozialdemokraten hatten im Dezember des gleichen Jahres auch entsprechende Anträge gestellt, aber der Reichstag hat erst kürzlich Gelegenheit genommen, diese Anträge in einem Ausschuss zur Beratung zu stellen. Die Beratung solcher Anträge begegnet natürlich immer außerordentlichen Schwierigkeiten. Rentenerhöhungen wehrt man ab mit der Begründung, daß die Wirtschaft weitere soziale Lasten nicht tragen kann. Infolgedessen sind die Verhandlungen im Reichstage auch jetzt wieder an einem überaus kritischen Punkt angelangt; ob Rentenerhöhungen eintreten, ist sehr ungewiß.

Die Deffektivität macht sich in vielen Fällen gar kein klares Bild von den wirklichen Notzuständen, die in den Kreisen der Arbeitsinvaliden herrschen. Ihre Mindestrente beträgt z. B. monatlich 20 M (!), dazu kommt je nach Zahl der geleisteten Beiträge ein Steigerungssatz, der im Durchschnitt etwa 6 M monatlich beträgt, so daß die gesamte Invalidenrente im Durchschnitt etwa 26 M ausmacht. Für jedes Kind erhält der Invalidenrentner noch 7.50 M Kinderbeihilfe. Die Witwe erlangt 60 Prozent der Invalidenrente und jede Witwe 50 Prozent der Rente, auf die der verstorbene Vater Anspruch hatte. Da die meisten Invalidenrentner neben ihren schmalen Renten sonst keine Einnahmen haben, sind sie gezwungen, sich an das Fürsorgeamt zu wenden.

Die Unterhaltungsämter, die von den Fürsorgeämtern als Existenzminimum angesehen werden, sind ebenfalls überaus dürftig. Obwohl die Fürsorgepflichtverordnung sagt, daß der notwendige Lebensunterhalt den Hilfebedürftigen gegeben werden muß und den Sozial- und Kleinrentnern in der Regel mindestens um 1/4 höhere Unterhaltungsrichtsätze zu bewilligen sind, setzen die Fürsorgeämter Säue fest, die mehr als unzulänglich sind. Nach einer amtlichen Statistik, die über 1200 Bezirksfürsorgeverbände umfaßt, haben diese folgende Richtsätze (Lebensbedarfsätze) festgesetzt:

| Für alleinlebende Invaliden: | | |
|------------------------------|---------------------|--|
| bis 20 M monatlich | 60 BZB. = 5 Prozent | |
| " 30 M " | 400 " = 38 " | |
| " 40 M " | 540 " = 45 " | |
| " 50 M " | 135 " = 11 " | |
| über 50 M " | 15 " = 1 " | |
| Für Ehepaare: | | |
| bis 20 M monatlich | 6 BZB. = 1 Prozent | |
| " 30 M " | 60 " = 5 " | |
| " 40 M " | 815 " = 26 " | |
| " 50 M " | 391 " = 32 " | |
| " 60 M " | 325 " = 27 " | |
| " 70 M " | 88 " = 7 " | |
| " 80 M " | 24 " = 2 " | |
| über 80 M " | 3 " = 0 " | |

In 759 Bezirksfürsorgeverbänden ist der Lebensbedarfsatz für ein Kind nicht höher als 10 M monatlich. In weiteren 349 BZB. beträgt der Satz 11-15 M und nur in etwa 50 BZB. wird der Satz von 15 M überschritten. Daß mit solchen Unterhaltungsrichtsätzen kein auskömmliches Dasein gesichert ist, bedarf keiner besonderen Beweisführung, und man kann sich vorstellen, daß unter diesen Umständen die Stimmung un-

ter den Arbeitsinvaliden sehr kritisch ist. Sie haben es satt, sich länger betteln zu lassen und sie verlangen von der Reichsregierung endlich die Erfüllung der in den Regierungsrichtlinien gemachten Versprechungen, die besonders in dem Satz lauten: „Die Lage der Invalidenrentner muß verbessert werden.“

Das ist der Sinn der vom 12. bis 14. März geplanten Kundgebungen.

Die Sozialdemokratische Partei hat für die Arbeitsinvaliden immer eine offene Hand gehabt und wenn heute die Not der Arbeitsinvaliden trotzdem so riesenartig ist, dann wird hierfür ausschließlich die bürgerlichen Parteien verantwortlich zu machen. Sie haben für die Lebensnotwendigkeiten der Arbeitsinvaliden nie Verständnis gezeigt. Die organisierte Arbeiterklasse unterstützt die Invalidenrentner selbstverständlich in ihrem letzten Kampf. Wo es gilt, soziales Unrecht zu beseitigen, ist sie immer an der Spitze marschiert.

Aus dem Freistaat Baden Evangelische Landesynode

Seit der Eröffnungssitzung am 28. Februar haben alltäglich mit Ausnahme des Sonntags die Ausschüsse oft bis tief in die Nacht hinein gearbeitet. Eine Fülle von Anträgen war die Frucht solcher Arbeit. Montag nachmittag trat die Synode zu ihrer zweiten öffentlichen Sitzung zusammen. Präsident D. Keller überbrachte die Grüße und Wünsche der badischen Regierung und sprach daran anschließend den Dank der Synode für die Anteilnahme an den Verhandlungen seitens der Regierung aus. Zur Beratung kam dann der Entwurf eines kirchlichen Gesetzes, das die Dienstbesätze der Geistlichen, die Rubensstandsbesätze und die Dienstbesätze der Kirchenbediensteten neu regeln soll. Nach einer sehr eingehenden Debatte, in der besonders auch die Sozial-Lage, die vom Volkskirchenbund angeregt worden war, besprochen wurde, wurde das ganze Gesetz im Sinne des Abschlusses mit 10 Stimmen angenommen. Sodann folgte die Beratung über vorläufig erlassene Gesetze (Weihnachtsbeschlüsse und Nachträge zu den allgemeinen kirchlichen Ausgaben der letzten Budgetperiode). Die Aufhebung eines Kraftwagens und die Ausgaben, die damit im Zusammenhang stehen, fanden im Ausschuss Überprüfung. Die Weihnachtsbeschlüsse wurde einstimmig genehmigt. Die Nachträge zu den allgemeinen kirchlichen Ausgaben mit 24 Stimmen bei 24 Enthaltungen genehmigt. Bei dem Voranschlag der Regale-Kasse wurde die Dauer der Budgetperiode erörtert. Schließlich wurde die dreijährige Budgetperiode gegen die liberalen und volkskirchlichen Stimmen ausgetauscht.

Durch vorläufige Kirchengesetze sind in Neersburg, wo die Gemeinde demnach ihr 75jähriges Bestehen feiern darf, und in Todtnau, Schönau Kirchengemeinden errichtet worden. Diese vorläufigen Gesetze wurden ohne Wortmeldung ausgetauscht. Die Wegsperre der Gemeinde Schöllbrunn (bei Eberbach) wegen der Baupflicht für die Pfarrhaus und die des Bürgermeisters Hertle über die Pfarrwahl in Unterhirsch wurden der Kirchenregierung als der zuständigen Stelle zur Erledigung überwiesen. Danach wurde noch ein Antrag von Fischer und Gen. auf Schaffung eines kirchlichen Gerichtshofes, der in der Weise des staatlichen Verwaltungsgerichtshofes in kirchlichen Rechtsfragen entscheiden und sich auch gutachtlich äußern sollen, einstimmig ausgetauscht. Die Kirchenregierung soll der nächsten Synode eine Vorlage unterbreiten. Ferner wurde auch ein Antrag des kirchlichen Ausschusses wegen Schaffung eines Beibehaltens zum Präbendebuch ausgetauscht.

Die evangelische Kirchenregierung beim Staatspräsidenten. Aus Anlaß der zur Zeit tagenden evangelischen Landesynode hatte der badische Staatspräsident die Mitglieder der Kirchenregierung zu einem Abendessen eingeladen, das im Präbendengebäude am Schlossplatz stattfand. An das Essen schloß sich ein gefelliger Abend, zu dem die Minister und Staatsräte und alle Sonderabgeordneten geladen waren. In Erinnerung dieser Großfreundlichkeit lud der Präsident der Synode den Staatspräsidenten, die Minister und auf kirchlicher Seite die Mitglieder der Oberkirchenbehörde nebst den Arbeitsvorsitzenden, die Abgeordneten und die Karlsruher Pfarrgemeindefürsorge zu einem Abendessen im Hotel Germania ein. Präsident D. Keller gab in herzlichen Worten seiner großen Freude darüber Ausdruck, daß Staat und Kirche in Baden einmütig sind, Hand in Hand zum äußeren und inneren Wohl des Volkes zu arbeiten. Seine Worte schlossen mit einem Hochruf auf das badische Volk.

Stark durch Impressionen mit lebenden, abgeschwächten *Sporoblasten* (*Sporoblasta pallida*) gelungen ist, auch hier noch recht beträchtliche Heilerfolge zu erzielen. Man ginge bei dieser Impfung von dem Gedanken aus, die Haut zu einer ausgiebigen Keimkultur von Abwehr- und Gegenstoffen anzuregen, die den im Gehirn des Kranken sich abspielenden Kampf gegen die *Sporoblasta pallida* unterstützen des Parasiten zu entscheiden sollten. Die Ermarkungen wurden weit übertrieben; von 10 Fällen sind 7 vollständig gebessert worden, davon 2 derart, daß sie zur Entlassung kommen konnten. — Bestätigen sich diese Angaben der Seilschaft bei der Nachprüfung an anderen Kranken, so werden wir im Kampfe gegen die Geißel der Menschheit wiederum eine gewaltige Waffentragung eingeworfen haben.

Weshalb schreit man aus dem Schlafe auf?

Eine nicht unberühmte Zahl von Patienten klagt dem Arzt in der Sprechstunde über nächtliches Aufschreien aus dem Schlafe. Die einen berichten, daß sie zu Beginn des Einschlafens mit dem Gefühl des Herabstürzens aus einer Höhe aufschreien. Diese Form findet sich sehr häufig bei nervösen Menschen. Nicht unerwähnt ist die Erklärung, die der bekannte ungarische Arzt Szentpál für das Gefühl des Herabstürzens gibt. Die Sinneswertungen stellen zu Beginn des Einschlafens ihre Funktionen nacheinander ein; zuletzt das Hautgefühl. In dem Augenblick, in dem die Hautempfindung erlischt, was von dem letzten Rest des Bewußtseins gerade noch wahrgenommen wird, kommt nun plötzlich ein Gefühl zustande, als wenn die Berührung des Körpers mit dem Bett auf einmal aufgehört hätte; und das wird eben als Herabstürzen empfunden.

Starke Krämpfe mit übererregtem Nervensystem schreien gleichfalls des Nachts mehrmals aus dem Schlafe auf, aber ohne Gefühl des Herabstürzens; dafür haben sie aber im Augenblick des Erwachens recht unangenehme Beschwerden und Verwirrungen. Sobald eine solche Lage mit Krämpfen ausgeht, wird, verschwinden Aufschreien und Herabstürzen vollständig. Schließlich ist noch das Aufschreien bei Herzschwäche, besonders bei Arterienverkalkung zu nennen. Hier wird eine Hebung der Herzkräft beim Behandlung der Schleimhautveränderungen, Besserung und Heilung des Aufschreien mit sich bringen. Der Letzte hütete sich aber davor, selbst die Ursache des Aufschreien erkennen zu wollen und sich und seine Familie zu beunruhigen. Nimmt das nächtliche Aufschreien quälende Formen an, so suche er den Arzt auf.

Die 2000 neuen Steuerbeamten des Reichsfinanzministers Dr. Köhler

Es darf in aller Bescheidenheit darauf aufmerksam gemacht werden, daß der „Volksfreund“ das erste größere Blatt in Baden war, das die Neueinstellung einer erheblichen Anzahl von Steuerbeamten forderte. Am 31. Januar ds. Jz. veröffentlichten wir aus sehr sachverständiger Feder einen längeren Artikel, welcher auf die schlechte Steuerbelastung wegen Mangel an Steuerbeamten aufmerksam machte, wodurch dem Staate viele Millionen Steuererlöse verloren gehen. Reichsfinanzminister Dr. Köhler hat deshalb jetzt, obwohl man sonst im Reichstage gegen jede Beamtenvermehrung ist, nicht den geringsten Widerstand im Hauptausschuß bei der Aufhebung der Einstellung von 2000 neuen Beamten und Angestellten gefunden. Unser Artikelsschreiber hat also recht behalten!

Wißt man doch durch diese 2000 neuen Leute rund 1000 Millionen Mark Steuern mehr herauszuholen, während die Gehälter für die 2000 Beamten und Angestellten höchstens 8-9 Millionen Mark betragen. Reicht ein Geschäft! Nur schade, daß man meistens der beteiligten Finanzämter nicht früher auf den einfachen Einfall gekommen ist. — Die sozialdemokratische Kritik hat sich gelohnt!

Kleine badische Chronik

* Mannheim. Donnerstag vormittag sprang hier ein 20jähriges Mädchen — in der Absicht, sich das Leben zu nehmen — in den Rhein. Im Wasser gab sie ihr Vorhaben wieder auf und arbeitete sich ans Land. Dort blieb es vollständig durchnäßt liegen, bis es vorübergehende Personen, die auf sein Stöhnen aufmerksam gemacht wurden, auffanden und es ins Allgemeine Krankenhaus überführen ließen. Grund zur Tat soll Liebeskummer sein.

* Mannheim. Einen schaurigen Fund machten vor einigen Tagen Balingen Wanderer, die die am hängenden Stein liegende Sobenolernhöhle besuchten. Sie fanden dort einen toten, gutgekleideten Mann liegen. Die Bergung machte große Mühe. Allem Anschein nach handelt es sich um ein Verbrechen. Nach Aussagen eines Ebinger Ehepaars übernachteten Ende November bei dem Ehepaar zwei Herren aus Mannheim. Diese unternahm am anderen Morgen einen Spaziergang nach Ostmetzingen, von dem nur der kleine, jüngere wieder zurückkehrte; er brachte einige Kleinigkeiten von seinem Genossen zurück. Auf Befragen nach seinem Genossen gab er ausweichende Antworten. Unmittelbar darauf verließ er die Gegend. Lebensfalls kann kein Unglücksfall vorliegen, besonders wenn man die schlecht zugängliche Stelle betrachtet, wo der Tote gefunden wurde. Stufenweise gelangt man in der Felsenkluft in eine Gesamttiefe von mindestens 50 Meter zum Auffindungsort, der eigentlich nur am Seile hängend erreichbar ist.

* Mosbach. Auf dem Speicher der hiesigen Anstalt für Geisteskranken entstand durch zwei Zöglinge, die geistig minderwertig sind und für ihr Tun nicht verantwortlich gemacht werden können, Feuer. Zum Glück wurde der Brand rechtzeitig entdeckt, so daß größerer Schaden verhütet wurde.

* Seffelbuck (bei Rehl). Wegen über Nachtrede erhielt der Landwirt Michael Geyer eine Geldstrafe von 70 M und der Bürgermeister Baumert wegen Beleidigung eine solche von 30 M.

* Freiburg. Verbotener Waffenverkauf. Hier gelangte ein Kaufmann zur Anzeige, weil er an einen jungen Mann einen Revolver verkaufte, ohne sich vorher darüber zu vergewissern, ob der Käufer einen Waffenschein besaß.

* Todtnau. Freitag früh brannte hier ein großes Familienwohnhaus am Stadgarten vollständig nieder. Glücklicherweise war Winbftille, so daß das nur wenige Meter entfernte Nachbarhaus verschont blieb.

* Kirchengausen (bei Schopfheim). Das fünfjährige Töchterchen des Landwirts Weiler von Hausen fiel in die durch Regenwasser hochgehende Ahrach und wurde von dem starken Strom mit fortgerissen. Der in der Nähe arbeitende Knecht Alfred Schmus von Hausen entriß das Kind den Fluten.

* Singen a. S. Die Kantine beim Gaswerk in Singen, Eigentum der Witwe Volzer, ist in der Nacht auf Mittwoch abgebrannt. Die Brandursache ist noch nicht ermittelt. Der Schaden ist, was das Inventar anbelangt, durch Versicherung gedeckt, die Parade selbst ist jedoch nicht versichert.

Annahme von Postkutschen durch die Reichsbahnstellen. Die Reichsbahnstellen sind angewiesen, von jetzt ab Postkutsche unter den gleichen Voraussetzungen anzunehmen, unter denen die Annahme von Postkutschen erfolgt, d. h. wenn Zuverlässigkeit, Vertrauenswürdigkeit und hinreichend sichere wirtschaftliche Lage der Geschäftstreibenden außer Zweifel steht. Nach einer Mitteilung des Wirtschaftskomitees der Oberpostdirektion Konstanz an die Handelskammer bedeutet dieses Zugeständnis des Direktors der Deutschen Reichsbahnverkehrs-Gesellschaft nicht nur eine wesentliche Verkehrsvereinfachung für die kleinen Geschäftstreibenden, die einen regen Verkehr mit der Bahn unterhalten, sondern ist darüber hinaus ein wertvolles Mittel, den erwünschten barloseligen Zahlungsverkehr zu fördern. S.

Markt und Handel

Die Entwicklung der Wasserkraftnutzung in Nordamerika

Wie in dem Bericht der Federal Power Commission hervorgehoben ist, was das Jahr 1926 eines der lebhaftesten auf dem Gebiete der Wasserkraftentwicklung in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Vor einem Jahre schien es zwar nicht so, die Ausrichtungen waren nicht günstig, und in der Tat blieb in der ersten Hälfte 1926 die Entwicklung hinter dem Vorjahre sehr zurück. Die zweite Jahreshälfte brachte dann aber einen so järrmigen Aufschwung, daß alles wieder eingeholt wurde. Im ganzen wurden Wasserkraftanlagen in Angriff genommen, die zusammen 1,1 Mill. KW Leistung haben werden, wovon ein Drittel auf Kanada entfällt. An der positivsten Stelle war dagegen im Berichtsjahre die Dampfkraftentwicklung mehr im Vorteil, veranlaßt durch niedrige Brennstoffpreise und eine zeitweilige Lebensentwicklung der Wasserkraft, denen dann die notwendigen Dampferzeuger fehlten. Inzwischen wurden trotzdem für mehr als 200 000 KW Turbinen für diese Gegenden bestellt.

Der Schiffs- und Warenverkehr im Hamburger Hafen 1926. Im vergangenen Jahre ist der Schiffs- und Warenverkehr im Hamburger Hafen weiter gestiegen. Während 1925 der Schiffsverkehr 115,4 Proz. seines Vorkriegsumfanges betrug, steigerte er sich 1926 auf 122,4 Proz. Der Anteil der deutschen Flagge blieb bei 38,9 Proz. ungefähr derselbe wie im verangangenen Jahre. Der Güterverkehr im Hamburger Hafen hob sich 1926 von 77,6 Proz. auf 86,9 Proz. des Vorkriegsumfanges. Die Zunahme entfällt in der Hauptsache auf den ausgehenden Verkehr als Folge des englischen Kolonarbeiterstreiks.

Gesundheitswesen

Die Kamille

Schon seit alter Zeit bildet die Kamille einen festen Bestandteil unseres Heilwesens. In der Volksmedizin wird sie als erweichendes Mittel bei Furunkeln, bei Ekzemen und anderen Hautleiden angewandt; Umschläge, Bäder und Breiempressen mit Kamillentee sind seit langem bei Wunden und Geschwüren gebräuchlich. Die Zahnärzte verordnen bei Entzündungen der Wurzelschicht und des Zahnhalses Spülungen mit Kamillentee; bei Nier- und Strikublenentzündungen werden Kamillendämpfe eingeatmet. So ließ sich die Zahl der Erkrankungen, bei denen die Kamille gebräuchlich ist, noch um ein Vielfaches erhöhen. Vor wenigen Monaten noch war die Wirksamkeit der Kamille eigentlich lediglich durch die Erfahrung bekannt; wissenschaftliche Beweise fehlten, bis nun Dr. Arnold aus der Kinderklinik der Universität Köln über Versuche berichtete, die die Entzündung hemmende Wirkung des Kamillentees einwandfrei darzulegen. Es wurden mit Hilfe von Senf, Söbenzonne und Tuberkulin künstliche Entzündungen auf der Haut hervorgerufen. Die eine entzündliche Hautpartie wurde mit Wasserumschlägen, die andere mit Kamillentee behandelt. Die Experimente ergaben, daß auf dem entzündeten Hautstellen, auf denen Kamillentee zur Anwendung gelangte, die Entzündungsercheinungen vollständig abheben oder aufzufallen stark abgemildert wurden. Höchstwahrscheinlich ist diese Heilwirkung den in der Kamille enthaltenen ätherischen Ölen auszuführen. Damit ist die bisher nur aus der Erfahrung bekannte Heilwirkung der Kamille bei Entzündungen auch wissenschaftlich einwandfrei bewiesen.

Syphilitischer gegen Gehirnweichung

Die Gehirnweichung, die Paralyse, ist eine syphilitische Erkrankung des Nervensystems. Zwischen dem Termin der Ansteckung und dem Beginn der aktiven Umwandlung liegt meist eine Zeitspanne von vielen Jahren. Erst in neuerer Zeit ist es gelungen, die Paralyse, der die Ärzte bis dahin machtlos gegenüberstanden, mit Hilfe von Malaria-impfungen in einer kritischen Zahl von Fällen günstig zu beeinflussen. Ein Teil der Kranken wurde wieder voll arbeitsfähig, ein anderer wesentlich gebessert; aber es blieb immer noch ein gewisser Prozentsatz durch die Malariaimpfung unbeeinträchtigt. — Vor nicht allzu langer Zeit wurde nun aus der staatlichen Heil- und Pflegeanstalt Arnsdorf in Schlesien berichtet, daß es bei ansehendem unheilbaren Para-

Unterhaltung und Belehrung

Liebe kleine Limooa

Fred Andersens Höllefahrt
Roman von Otfried von Hanstein.
(Fortsetzung)

23

Ich starrte darauf hin, ich dachte daran, daß kein Red dieses Schiff verfehrt hatte. War es vom Sturm übermannt, als der Oberpriester den Schatz über den See retten wollte, vielleicht vor den Ästeten, die hinter ihm herandrängten? Jetzt aber — ich sah wieder auf die glühenden Barren, Mistarden von Billionen an Gold und das war allein mein! Mein Eigentum, denn ich hatte es ja gefunden! Ich vergaß alles! Vergaß den Seespeer, in dem ich gefangen, vergaß Limooa, vergaß alles, was mir geschehen. Ich starrte auf mein Gold, riß die Barren heraus, was sie prüfte sie mit den Augen, legte sie wieder zurück und riß andere hervor. Plötzlich hörte ich neben mir ein Geräusch. Limooa war es, eine zweite Gabel in der Hand. Die Zeit mochte ihr lang geworden sein und sie kam wohl, um mich zu holen. Ich erschrak über den Ausdruck ihres Gesichtes, denn Glanzen, Schred und Trauer lagen darin.

Ich schämte mich! Ich begriff! Wie verzerrt von der Gier nach dem Gold mußte mein Gesicht sein, daß sie so vor mir erschrak?

Ich schämte mich, denn ich fühlte, daß ich in ihrer Brust ein Götterbild zertrümmert hatte, das sie mir ertötet. Sie hatte zu mir aufgeschaut, wie zu einem höheren Wesen, und nun hatte ich ihr gezeigt, daß ich nichts war, als ein Mensch. Ein niedriger, babarischer Mensch.

Ich verlor mich in Lächeln, trat auf sie zu, um ihre Wange zu streicheln, aber noch immer lag in ihren Augen dieser traurige Schred und sie wich zurück.

Ich ärgerte mich über ihren Trost und wendete mich wieder zu dem Golde. Sie ging langsam hinaus. Aber jetzt fühlte ich das Gold kalt und fremd. Auch ich wendete mich ab, um ihr zu folgen, zumal meine Gabel am Erlöschen war. Da sah ich es in einem Winkel funkeln. Ich bückte mich und fand ein kleines Schmuckstück. Einen wundervoll kunstfertig aus feinsten Golddrähten geflochtenen Schmetterling. Große Edelsteine in verschiedenen Farben als Fäden auf den Fäden.

Ein herrliches Schmuckstück von jetzt unermesslichem Wert. Wie kam es unter die Goldbarren? Gehörte es zum Schmutz des Oberpriesters? War es aus der Schatzkammer irgendwo jenseits der Berge mitgenommen worden und zwischen die Goldbarren gekommen?

Ich eilte jetzt selbst hinüber zum Feuer und reichte den kostbaren Schmutz der kleinen Limooa. Vielleicht hat nie ein europäischer Araber ein wertvolleres Geschenk geboten. Sie sah es an, sie starrte mich an, dann fing sie an, laut zu weinen und ließ mir davon.

„Limooa! Limooa!“
Ich holte sie ein. Sie stand mit abgenutztem Kopf. Sie duldete, daß ich den Arm um sie legte, duldete, daß ich sie zum Feuer zurückführte.

„Was hast du? Du bist ja ein löchliches Kind!“
Hatte sie aus dem Ton meiner Stimme gehört, daß ich ärgerlich war. Sie richtete sich auf. Ihre Tränen waren verstiegen. Sie hatte wieder das ruhige Gesicht, wenn auch trauriger als sonst. Sie legte sich auch neben mich und lachte sogar wieder und ich befestigte den glühenden Schmetterling in ihrem Haar. Sie schlang ihre Arme um mich und sah mich an. Wieder waren ihre Augen voller Tränen.

Da sah ich, daß ihre ganze Seele mir gehörte. Daß ihr ganzes Sein aufging in ihrer großen, jungen, überirdischen Liebe und daß sie in dieser Stunde erfahren hatte, daß sie mit dem Golde würde kämpfen müssen um mich.

Ich hatte den Arm um sie gelegt und sie sah zu mir auf. Ein perlendes, sehndes, liebes Lächeln lag um ihren Mund. Ich deutete mich zu ihr und lächelte sie auf ihren Mund. Zum ersten Male. Ich lächelte, wie es löcher Ästeten bürgs suchte und gab sie frei.

Ueber dem Schiffstunde war es spät geworden. Die Strahlen der Sonne begannen schräg zu fallen und das deutete für uns in dem tiefen Kessel auf schnelle Nacht.
„Wo ist der Bach?“

Ich hatte ihn verloren, aber Limooa verstand und ließ schnellfüßig davon, den Topf in der Hand. Mir war es lieb, einen Augenblick allein zu sein. Ich mußte noch einmal in das Schiff, noch einen Blick tun auf meinen Schatz.

Die Goldbarren glänzten wieder im Lichte der Fackel. Ich nahm mir vor, sie am nächsten Morgen zu säubern. Jetzt sah ich, daß in einer Ecke auch eine Anzahl goldener Geräte war, darunter eine große goldene Schüssel und zwei Becher. Ich lächelte und nahm sie mit mir. Als ich zum Feuer kam, nahm eben auch Limooa mit dem Wasser, das sie aus dem Bach geholt.

Jetzt lachte sie, wie ich ihr Schüssel und Becher gab und besah ihre schöne Arbeit, dann schenkte sie dieselben blutblau, während sie wieder das Feuer entzündete. Nun tochte in der goldenen Schüssel der große Krebs und in den goldenen Bechern war das Wasser des jetzt völlig klaren Baches und währenddessen ging ich auf Anschau, denn daß wir an diesem Abend nicht mehr weitergehen konnten, selbst wenn ich daran gedacht hätte, meinen Schatz zu verlassen, war ausgeschlossen.

Ich fand hundert Meter weiter einen runden Trichter und in ihn ergoß sich nun der kleine Bergbach. Er würde ihn bald mit seinem guten Wasser bis zum Rande füllen. Nicht weit davon entfernt war der große Salztümpel, in dem die Fische lebten, und ebenso etwa mitten zwischen den beiden, allerdings noch ein gutes Stück tiefer, das Loch, in welches der See verschwand.

Ich setzte mich auf den Rand des neuen Süßwasserbeckens und kühlte meine Schläfe mit dem Wasser. Ich mußte meine Gedanken sammeln. Wenn ich nicht bei Limooa war, dann streckte das Gold seine Arme nach mir aus.

Ich lachte laut auf, aber es war kein gutes Lachen. Da sah in San Franzisko oder Newyork mein armer Vater und grünte sich um ein paar Tausend Dollar und hier umgaben mich Billionen!

Ich war in diesem Augenblick wahrscheinlich der reichste Mann der ganzen Welt! Mund! Mund! Mund! Mund! Wenn du das wüßtest! Wie lieb würdest du mich haben! Haha! Diesmal erschrak ich selbst über mein höhnisches Lachen.

Ich überlegte.
Natürlich mußte ich hierbleiben. Natürlich mußte ich das Gold mitnehmen.
Aber wie? Würde ich doch selbst nicht, wie ich fort sollte und diese Lasten von Gold?

Ein Pfiff ertönte auf. Er hätte mich ruhig lassen sollen, denn ich kamte ihn ja schon, diesen Pfiff des Gewehrs, der mit der Pünktlichkeit einer Uhr alle vier Stunden seinen Pfiff ausstieß und dann sein Wasser in die Luft spie.

Eine bequeme Normaluhr, die mir die Natur hier bescherte. Jetzt suchte ich zusammen, sprang auf und ärgerte mich über mich selbst. Jetzt wußte ich, daß ich in Zukunft in jedem Menschen einen Feind sehen würde, der mir mein Gold rauben will.

„Nein — Limooa nicht! Sie nicht!“
Plötzlich stand sie bei mir. Sie strich mir mit ihrer linken Hand über die heiße Stirn und ich erwachte. Ich blinzelte an, tief in ihre Augen und lächelte, daß sie mich, unendlich mehr wert war, als alles das blinkende Gold und daß ich, ich ganz allein ihr Schicksal war.

Schweigend gingen wir miteinander zum Feuer. Wir tranken Mehljunge aus goldenen Bechern, aßen den Krebs aus der goldenen Schüssel. Wir dachten nicht darüber nach, ob diese selbe goldene Schüssel, die vielleicht aus dem Besitz eines Oberpriesters, eines Quetzalquah, stammte, früher täglich dazu diente, den Rinderbraten aufzunehmen, den der oberste Diener des fürstlichen Tescatlipoca an jedem Tage verpöste.

Großes, fürstliches Volk der Tolteken und Ästeten. Groß in seiner hohen Kultur, fürstlich in seinen Menschenopfern, in seinem Kannibalismus.

Mit kostbaren Tafeldecken und Servietten speisten sie an goldbesetzter Tafel und aßen Menschen!

Was mußte Limooa davon!
Ich blinzelte sie an. Wie kam mir jetzt der Gedanke, daß es vielleicht gar nicht lange her sei, daß auch ihre Väter, vielleicht sogar noch ihr Vater, die Körper erschlagener Feinde verpeilt hatte?

Kleine, liebe, weiße Limooa!
Wir aßen auf dem Grunde des Sees aus goldener Schüssel und tranken aus goldenen Bechern!

Dann richteten wir uns. Lager. Limooa fragte nicht. Sie wußte, daß ich hier bleiben würde. Wir stellten unsere Stäbe und noch ein paar andere in den Boden und errichteten uns ein Bett. Seine Rücken bildete der Körper des Schiffes, den ich mit meinem Bein von den Mühseln getrennt hatte. Vielleicht wäre es gefährlicher gewesen ihn zu meiden, wegen des Rindergeruchs, aber wie hätte ich diesen Platz nur einen Meter verlassen können? Und Limooa fragte nicht.

Sie ging, um Tang zu suchen, und ich lag noch einmal auf das Schiff. Ich sah ich nach, bis sie verschwunden. Mir war, als begähne ich vor ihr ein Anrecht, dann aber fürzte ich in den Schiffsraum und berauschte mich noch einmal an dem Anblick meiner goldenen Schätze, als fürzte ich, daß sie mir in der Nacht wieder einschweben. Ich buchstete hinab, als ich Limooa kommen sah. Sie hatte viel, viel Tang gebracht. Nicht nur für das Feuer, sondern auch, um unser Lager weicher zu machen. Ich sah ihr zu. Ein trauriger Schimmer lag noch immer in ihren Augen, ihre Bewegungen schienen mir matter als sonst.

(Fortsetzung folgt.)

Die Friedhöfe des Weltkrieges

Wo unsere Gefallenen ruhen
Von Dr. Walter Höttig

Zwei Millionen deutscher Soldaten ruhen in fremder Erde. Jünglinge, die als Kriegswillige auszogen, reife Männer, die Haus und Herd verlassen, Angehörige aller Schichten, Reiche und Arme, die mit der Hoffnung auf glückliche Wiederkehr in ihren Heimen, die die Sehnsucht dieser Frauen in Schützengräben und Stollen, in Feldlagern und auf dem Vormarsch verlebten Jahre war, hat sie der Tod von dieser Erde genommen. Wo sie ruhen und an ihren Wunden verbluteten, jenseits der Weltgrenzen in der Erde. Ueberall, wo die Furie des Weltkrieges über das gemarterte Land raste, sind deutsche Soldaten, unsere Söhne, Väter, Freunde, Brüder, Verlobten, gestorben, in den wüsten Bergen des Balkans, in den Wäldern der Alpen, unter der Sonne Sibiriens, auf den Meeren und auf dem riesigen Schlachtfeld Frankreichs von der flandrischen Küste bis zur Grenze der Schweiz. Der Weltkrieg hat diesen Planeten zu einem einzigen Friedhof gemacht. Hinauf wölft sich neben Hügel, ein löchliches Soldatenfeld mit verbluteter Aufschrift, an der die Jahre nicht spurlos vorübergegangen sind, reicht sich neben das andere. Die schmudligen Gräber sind heute das Ziel, zu dem das ganze Volk in Dankbarkeit und Trauer pilgert. Es sind verhältnismäßig nur wenige, die heim in die deutsche Muttererde geholt werden konnten; schier unzahlbar ist die Zahl der anderen, die in fremdem Boden schlafen, deren Grab nicht betreut und geschmückt werden kann, von der Liebe ihrer Angehörigen, die in fremdem Boden schlafen, deren Gräber die deutsche Kriegsgesellschaft vernachlässigt hat. Diese Organisationsbemühung hat seit Jahren, den Hinterbliebenen mit Rat und Auskunft zur Seite zu stehen, in Zusammenarbeit mit den maßgebenden amtlichen Stellen des In- und Auslandes, besonders mit dem Vorgesetzten Amt, die Sorge für die Instandhaltung und Pflege der Kriegsfriedhöfe zu übernehmen und so eine Aufgabe zu erfüllen, die im wahren Sinne des Wortes eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes gegen seine gefallenen Söhne darstellt.

Endlos dehnen sich die Friedhöfe in Nordfrankreich, sind doch auf dem westlichen Kriegsschauplatz insgesamt vier Millionen Menschen aller Nationen gefallen. Unter ihnen befinden sich 900 000 Deutsche; bei der Hälfte dieser toten Krieger, nämlich bei 449 000 gefallenen Soldaten, konnte man Namen und Herkunft nicht mehr feststellen. Das sind Deutschlands „unbekannte Soldaten“, die in den Verzeichnissen als „vermisst“ gemeldet wurden, und deren Angehörige noch Monate und Jahre nach der kurzen amtlichen Meldung eine leise Hoffnung begten, daß

ihre Söhne, ihre Gatten oder ihre Brüder in Gefangenschaft geraten und nach dem Kriege wieder heimkehren würde. 225 000 Deutsche liegen in Massengräbern; das größte dieser „offenen“ ist in St. Laurent Blanc im Departement Pas de Calais, zwei Kilometer nördlich von Arras. In diesem furchtbaren Sammelgrab liegen 35 000 Soldaten; man hat je sechs Särge übereinander aufgestellt, und diese Särge bergen die Gebeine von fünf bis sechs deutschen Soldaten. Ueber die Größe ist eine einfache Schicht Kalksteine gelegt, das jedes Meter lang und achzig Meter breit ist, das also eine Fläche von 4800 Quadratmeter einnimmt, ist in der Mitte noch nicht geschlossen, da auch jetzt noch von Zeit zu Zeit neue Särge hinzukommen. Zuweilen finden die Wägen der Umgehend bei der Feldbestellung die sterblichen Reste verfallener Kämpfer, die nun nachträglich zur weiteren Ruhe beigesetzt werden. Neben diesem ungeheuren Massengrab liegen in langen Reihen 4446 Einzelgräber, die mit schlichten Holzkreuzen versehen sind. Bei vielen anderen Massengräbern kann man nicht einmal mehr oberflächlich schauen, wieviel deutsche Tote dort beigesetzt worden sind. Ebenfalls im Nordosten von Arras liegt der feinerseit bekannthafte Ort Lens, dessen Kriegsfriedhof 8193 Einzelgräber und 7084 deutsche Soldaten im Massengrab besitzt. An anderen Orten sind es 4000, 5000 und in Waissemoucourt, sieben Kilometer nordwestlich von St. Quentin, liegen 17 000 Gefallene in Einzelgräbern begraben. Strahlenförmig sind die Gräberreihen angeordnet, Solstreifen bei Holzkreuz und unübersehbares Entzücken des Todes. Noch gemaltiger wirkt der Friedhof Neuville St. Vaast, „Mailfontaines“, den man in einer alten Bestände von Arras aus erreichen kann. Dort befinden sich nahezu 40 000 Einzelgräber deutscher Soldaten.

Ursprünglich gab es in Frankreich ungefähr 3000 deutsche Kriegsfriedhöfe, die nun zu 240 großen Sammelfriedhöfen in ehemaligen Kampfgebieten, und vielleicht fünfzig Gefangenen-Friedhöfen im Inneren Frankreichs vereinigt worden sind. Dabei hat man die Steine, die unsere Soldaten während des Krieges zuweilen ihren gefallenen Kameraden setzten, nicht mitgeführt, so daß heute, feierliche Sammelfriedhöfe entstanden sind, deren tröstlicher Anblick unübersehlich an den furchtbaren Verlust des deutschen Volkes erinnert. Man wird jetzt daran gehen, diese Gräberfelder mit immer grünen Bäumen einzufassen, um dadurch den Friedhöfen einen geschlosseneren Charakter zu verleihen. Die französische Behörde verbietet, daß die Lage der Gräber auf den Friedhöfen nicht verändert wird, weil sie sich vertrauensgemäß der deutschen Regierung gegenüber dafür verantwortlich hält, die Bestattungsstellen des als bekannt bezeichneten Gefallenen jederzeit auf das genaueste bezeichnen zu können. Sie fordert ferner, daß dem Charakter eines Militärfriedhofes entsprechend nicht ein einzelnes Grab durch besondere Blumenarrangements von den anderen unterchieden wird; deshalb hat sie für die deutschen und französischen Kriegsfriedhöfe in gleicher Weise anordnet, daß die Gräber einheitlich ausgefattet werden. Es ist jedoch dem Volksmund erlaubt worden, für eine solche, würdevolle Gestaltung zu sorgen, wobei nur verlangt wurde, daß in den gemeinsamen deutsch-französischen Friedhöfen der deutsche Teil nicht reicher als das französische Gräberfeld ausgemittelt werden darf.

Am würdevollsten sind wohl die auf englischer und italienischer Erde befindlichen deutschen Kriegsfriedhöfe ausgefattet worden. Die Engländer, die häufig neben ihrer eigenen Gefallenen einen wertvollen Gedenkstein gesetzt haben, wollten auch dem toten Gegner ihre Achtung besagen. Den italienischen Friedhöfen hat ihre sanftmütige Natur, der gewaltige Ernst der hohen Berge sehr zusetzen. Die heilige Natur hat im vorigen Sommer mit dem Deutschen Reich vereinbart, daß unter der Kontrolle des deutschen Vorkriegs 47 Friedhöfe in Flandern infandig gemacht werden sollen. In Polen befinden sich noch vor einiger Zeit viele Gräbstätten in einem ganz unwürdigen Zustand. Oft waren die Holzkreuze von den Bewohnern der umliegenden Dörfer entwendet und zum Brennen benutzt worden. Nun ist es, zum größten Teil in gemeinschaftlicher Arbeit mit den Geistlichen, allmählich gelungen, auch dort die Toten der besten Instandhaltung. Die polnische Regierung, die nach dem Friedensvertrage für die Kriegsfriedhöfe zu sorgen hat, hat ihre Pflichten oft genau vernachlässigt. Ohne deutsche Fürsorge würden die Gräber, in denen unsere Toten schlummern, bald wüßten dem Gedächtnis gleich geworden sein. 80 000 deutsche Soldaten ruhen in Rumänien. In Warasbionan ist der Kriegsfriedhof auf dem 1500 deutsche Soldaten beigesetzt sind, den Kommunisten noch ein wachstümliches Grabmal, oder hat im vorigen Jahre noch ein wachstümliches Grabmal. Die Grabhügel waren fast der Erde gleich, die Kreuze gestohlen. Ein Steinmonument, das man den deutschen Kriegern gesetzt hatte, war von rohen Händen schwer beschädigt worden. In anderen Teilen Rumäniens, so z. B. in den beiden siebenbürgischen Städten Bistritz und Kronstadt, wurden dagegen die Kriegsfriedhöfe sehr gepflegt, und in Kronstadt z. B. hat man die Holzkreuze durch Grabsteine ersetzt.

Die Hinterbliebenen der Gefallenen dürfen der tröstlichen Gewißheit sein, daß überall, in Polen und Rumänien, Ungarn und der Türkei, wie im fernen Tiflis, Vertreter des Volksbundes den Zustand der Kriegsfriedhöfe überwachen und dafür sorgen, daß da, wo die Hügel zu verfallen drohen, von amtlicher oder privater Seite Abhilfe geschaffen wird.

Die Hinterbliebenen der Gefallenen dürfen der tröstlichen Gewißheit sein, daß überall, in Polen und Rumänien, Ungarn und der Türkei, wie im fernen Tiflis, Vertreter des Volksbundes den Zustand der Kriegsfriedhöfe überwachen und dafür sorgen, daß da, wo die Hügel zu verfallen drohen, von amtlicher oder privater Seite Abhilfe geschaffen wird.

Die Hinterbliebenen der Gefallenen dürfen der tröstlichen Gewißheit sein, daß überall, in Polen und Rumänien, Ungarn und der Türkei, wie im fernen Tiflis, Vertreter des Volksbundes den Zustand der Kriegsfriedhöfe überwachen und dafür sorgen, daß da, wo die Hügel zu verfallen drohen, von amtlicher oder privater Seite Abhilfe geschaffen wird.

Die Hinterbliebenen der Gefallenen dürfen der tröstlichen Gewißheit sein, daß überall, in Polen und Rumänien, Ungarn und der Türkei, wie im fernen Tiflis, Vertreter des Volksbundes den Zustand der Kriegsfriedhöfe überwachen und dafür sorgen, daß da, wo die Hügel zu verfallen drohen, von amtlicher oder privater Seite Abhilfe geschaffen wird.

Die Hinterbliebenen der Gefallenen dürfen der tröstlichen Gewißheit sein, daß überall, in Polen und Rumänien, Ungarn und der Türkei, wie im fernen Tiflis, Vertreter des Volksbundes den Zustand der Kriegsfriedhöfe überwachen und dafür sorgen, daß da, wo die Hügel zu verfallen drohen, von amtlicher oder privater Seite Abhilfe geschaffen wird.

Die Hinterbliebenen der Gefallenen dürfen der tröstlichen Gewißheit sein, daß überall, in Polen und Rumänien, Ungarn und der Türkei, wie im fernen Tiflis, Vertreter des Volksbundes den Zustand der Kriegsfriedhöfe überwachen und dafür sorgen, daß da, wo die Hügel zu verfallen drohen, von amtlicher oder privater Seite Abhilfe geschaffen wird.

Die Hinterbliebenen der Gefallenen dürfen der tröstlichen Gewißheit sein, daß überall, in Polen und Rumänien, Ungarn und der Türkei, wie im fernen Tiflis, Vertreter des Volksbundes den Zustand der Kriegsfriedhöfe überwachen und dafür sorgen, daß da, wo die Hügel zu verfallen drohen, von amtlicher oder privater Seite Abhilfe geschaffen wird.

Die Hinterbliebenen der Gefallenen dürfen der tröstlichen Gewißheit sein, daß überall, in Polen und Rumänien, Ungarn und der Türkei, wie im fernen Tiflis, Vertreter des Volksbundes den Zustand der Kriegsfriedhöfe überwachen und dafür sorgen, daß da, wo die Hügel zu verfallen drohen, von amtlicher oder privater Seite Abhilfe geschaffen wird.

Die Hinterbliebenen der Gefallenen dürfen der tröstlichen Gewißheit sein, daß überall, in Polen und Rumänien, Ungarn und der Türkei, wie im fernen Tiflis, Vertreter des Volksbundes den Zustand der Kriegsfriedhöfe überwachen und dafür sorgen, daß da, wo die Hügel zu verfallen drohen, von amtlicher oder privater Seite Abhilfe geschaffen wird.

Die Hinterbliebenen der Gefallenen dürfen der tröstlichen Gewißheit sein, daß überall, in Polen und Rumänien, Ungarn und der Türkei, wie im fernen Tiflis, Vertreter des Volksbundes den Zustand der Kriegsfriedhöfe überwachen und dafür sorgen, daß da, wo die Hügel zu verfallen drohen, von amtlicher oder privater Seite Abhilfe geschaffen wird.

Die Hinterbliebenen der Gefallenen dürfen der tröstlichen Gewißheit sein, daß überall, in Polen und Rumänien, Ungarn und der Türkei, wie im fernen Tiflis, Vertreter des Volksbundes den Zustand der Kriegsfriedhöfe überwachen und dafür sorgen, daß da, wo die Hügel zu verfallen drohen, von amtlicher oder privater Seite Abhilfe geschaffen wird.

Die Hinterbliebenen der Gefallenen dürfen der tröstlichen Gewißheit sein, daß überall, in Polen und Rumänien, Ungarn und der Türkei, wie im fernen Tiflis, Vertreter des Volksbundes den Zustand der Kriegsfriedhöfe überwachen und dafür sorgen, daß da, wo die Hügel zu verfallen drohen, von amtlicher oder privater Seite Abhilfe geschaffen wird.

Die Hinterbliebenen der Gefallenen dürfen der tröstlichen Gewißheit sein, daß überall, in Polen und Rumänien, Ungarn und der Türkei, wie im fernen Tiflis, Vertreter des Volksbundes den Zustand der Kriegsfriedhöfe überwachen und dafür sorgen, daß da, wo die Hügel zu verfallen drohen, von amtlicher oder privater Seite Abhilfe geschaffen wird.

Die Hinterbliebenen der Gefallenen dürfen der tröstlichen Gewißheit sein, daß überall, in Polen und Rumänien, Ungarn und der Türkei, wie im fernen Tiflis, Vertreter des Volksbundes den Zustand der Kriegsfriedhöfe überwachen und dafür sorgen, daß da, wo die Hügel zu verfallen drohen, von amtlicher oder privater Seite Abhilfe geschaffen wird.

Die Hinterbliebenen der Gefallenen dürfen der tröstlichen Gewißheit sein, daß überall, in Polen und Rumänien, Ungarn und der Türkei, wie im fernen Tiflis, Vertreter des Volksbundes den Zustand der Kriegsfriedhöfe überwachen und dafür sorgen, daß da, wo die Hügel zu verfallen drohen, von amtlicher oder privater Seite Abhilfe geschaffen wird.

Die Hinterbliebenen der Gefallenen dürfen der tröstlichen Gewißheit sein, daß überall, in Polen und Rumänien, Ungarn und der Türkei, wie im fernen Tiflis, Vertreter des Volksbundes den Zustand der Kriegsfriedhöfe überwachen und dafür sorgen, daß da, wo die Hügel zu verfallen drohen, von amtlicher oder privater Seite Abhilfe geschaffen wird.

Die Hinterbliebenen der Gefallenen dürfen der tröstlichen Gewißheit sein, daß überall, in Polen und Rumänien, Ungarn und der Türkei, wie im fernen Tiflis, Vertreter des Volksbundes den Zustand der Kriegsfriedhöfe überwachen und dafür sorgen, daß da, wo die Hügel zu verfallen drohen, von amtlicher oder privater Seite Abhilfe geschaffen wird.

Die Hinterbliebenen der Gefallenen dürfen der tröstlichen Gewißheit sein, daß überall, in Polen und Rumänien, Ungarn und der Türkei, wie im fernen Tiflis, Vertreter des Volksbundes den Zustand der Kriegsfriedhöfe überwachen und dafür sorgen, daß da, wo die Hügel zu verfallen drohen, von amtlicher oder privater Seite Abhilfe geschaffen wird.

Die Hinterbliebenen der Gefallenen dürfen der tröstlichen Gewißheit sein, daß überall, in Polen und Rumänien, Ungarn und der Türkei, wie im fernen Tiflis, Vertreter des Volksbundes den Zustand der Kriegsfriedhöfe überwachen und dafür sorgen, daß da, wo die Hügel zu verfallen drohen, von amtlicher oder privater Seite Abhilfe geschaffen wird.

Die Hinterbliebenen der Gefallenen dürfen der tröstlichen Gewißheit sein, daß überall, in Polen und Rumänien, Ungarn und der Türkei, wie im fernen Tiflis, Vertreter des Volksbundes den Zustand der Kriegsfriedhöfe überwachen und dafür sorgen, daß da, wo die Hügel zu verfallen drohen, von amtlicher oder privater Seite Abhilfe geschaffen wird.

Die Hinterbliebenen der Gefallenen dürfen der tröstlichen Gewißheit sein, daß überall, in Polen und Rumänien, Ungarn und der Türkei, wie im fernen Tiflis, Vertreter des Volksbundes den Zustand der Kriegsfriedhöfe überwachen und dafür sorgen, daß da, wo die Hügel zu verfallen drohen, von amtlicher oder privater Seite Abhilfe geschaffen wird.

Die Hinterbliebenen der Gefallenen dürfen der tröstlichen Gewißheit sein, daß überall, in Polen und Rumänien, Ungarn und der Türkei, wie im fernen Tiflis, Vertreter des Volksbundes den Zustand der Kriegsfriedhöfe überwachen und dafür sorgen, daß da, wo die Hügel zu verfallen drohen, von amtlicher oder privater Seite Abhilfe geschaffen wird.

Die Hinterbliebenen der Gefallenen dürfen der tröstlichen Gewißheit sein, daß überall, in Polen und Rumänien, Ungarn und der Türkei, wie im fernen Tiflis, Vertreter des Volksbundes den Zustand der Kriegsfriedhöfe überwachen und dafür sorgen, daß da, wo die Hügel zu verfallen drohen, von amtlicher oder privater Seite Abhilfe geschaffen wird.

Die Hinterbliebenen der Gefallenen dürfen der tröstlichen Gewißheit sein, daß überall, in Polen und Rumänien, Ungarn und der Türkei, wie im fernen Tiflis, Vertreter des Volksbundes den Zustand der Kriegsfriedhöfe überwachen und dafür sorgen, daß da, wo die Hügel zu verfallen drohen, von amtlicher oder privater Seite Abhilfe geschaffen wird.

Die Hinterbliebenen der Gefallenen dürfen der tröstlichen Gewißheit sein, daß überall, in Polen und Rumänien, Ungarn und der Türkei, wie im fernen Tiflis, Vertreter des Volksbundes den Zustand der Kriegsfriedhöfe überwachen und dafür sorgen, daß da, wo die Hügel zu verfallen drohen, von amtlicher oder privater Seite Abhilfe geschaffen wird.

Die prinzipielle Bedeutung des Falles Rudy

Der Parteikampf gegen ein staatliches Werk

Warum wir den Fall Rudy ausführlicher behandeln, als bereits durch unseren letzten Sitzungsbericht vom 10. März gesehen ist? Weil hinter Rudy bereits im Sommer des vorigen Jahres die Bürgerliche Vereinigung stand und damals schon ein voller Tag zur Behandlung der betreffenden Angelegenheit verstrichen war. Die Person Rudy's war es also nicht mehr, die mehrfache Anklagen gegen das Badenwerk erhob, sondern die Bürgerliche Vereinigung machte sich zum Teil die Anklagen zu eigen. Das ist der eine Gesichtspunkt, von welchem aus man die Sache Rudy-Badenwerk zu betrachten hat; die andere Seite des Falles dokumentiert sich in der Feindschaft gewisser bürgerlichen Parteien gegen staatliche Institutionen und Werke. Mit Recht hat der frühere badische Finanzminister Dr. Köhler im vorigen Sommer von einer finanziellen Schädigung des Badenwerks durch die Rudy'schen Machinationen gesprochen und hinzugefügt, daß die Kreditwürdigkeit eines solchen staatlichen Werkes über alle Zweifel erhaben sein muß, wenn es Angriffe der Art des Herrn Rudy ohne jede Schädigung übersteht. Die Bürgerliche Vereinigung hätte es sicher nicht ungenutzt gesehen, wenn vom Standpunkt des Eigentumsbegriffes ein staatliches Werk lauter begangen wäre. Das es anders um und daß auch am verflochtenen Donnerstag im Ausschuß für Geheime und Besondere das Badenwerk aus den vielfachen Anklagen rein hervorgeht, ist nicht die Schuld der Bürgerlichen Vereinigung, die sich ja, wie schon in unserem ersten Bericht bemerkt, auch jetzt noch bemüht, dem Rudy zum Teil die Sünde zu halten.

So gesehen, ist es also ein prinzipieller Kampf, der geführt wird und deswegen hat er über Einzelheiten des Landtags hinaus parteipolitische Bedeutung. Es ist ja ganz merkwürdig, wie dieser Fall Rudy zustande gekommen ist. Der letztere hat wohl, ihn habe bei seinem Vorgehen lediglich die Sorge um das Allgemeinwohl geleitet; dem steht aber entgegen, daß Rudy während seiner Tätigkeit im Badenwerk (er war vom März 1920 bis Dezember 1924 dort beschäftigt und wurde dann entlassen) förmlich priorisiert hat und systematisch nach Material gegen das Badenwerk suchte. Er war in der Registratur als Postfachbesitzer und hat es nicht verschmäht, aus eingehenden Briefen und Korrespondenzen Auszüge zu machen, aus denen sich sein feines Anlagengemühte zusammenfügt. Vielfach hat ein Regierungsvertreter in der Debatte die Gültigkeit des Beschlusses nicht anerkannt, als er sagte, Rudy könne keine Bemerkungen in der Registratur gegen andere Personen und Besitze einer schmutzigen Karte machen. Denn alle die von Rudy namhaft gemachten Fälle erwiesen sich bei genauer Untersuchung als durchaus korrekt und keinesfalls zu Beschwerden gegen das Badenwerk Veranlassung gebend. Wir wollen von ihnen nur einige herausheben.

1. Der frühere Postchef Siefertamp sollte sich beim Bezug mehrerer Rechnungsmaschinen von dem Lieferanten mit 40000 Papiermark haben bestechen lassen. Diese hatten damals einen Wert von 7-8 Goldmark. Man kann nicht annehmen, daß deswegen ein Beamter, der Siefertamp war, seine Beamtenexistenz aufs Spiel setzte; zudem hatte Siefertamp mit dem Direktor Helme über die Anschaffung der Rechnungsmaschinen alles vereinbart. Ueber die 40000 M ist zwar eine Quittung ausgestellt worden, man weiß aber nicht mehr, wo sie, es war im Jahre 1923 bei der furchtbaren Inflation, hinausgeraten sind. Der Lieferant der Rechnungsmaschinen hat in dem späteren Gerichtsverfahren des Siefertamp gegen Rudy erklärt, er könne heute auch nicht mehr sagen, ob der Betrag, der das Geld dem Badenwerk überbringen sollte, es wieder zurückgebracht hat. Also Rudy konnte nichts beweisen und wurde in dem schon erwähnten Strafverfahren zu 80 M Geldstrafe wegen Verleumdung verurteilt, notabene, er hatte auch volle 9 Monate eingesperrt und dann erst sein Beschwerdematerial gegen Siefertamp vorgebracht. In Verbindung damit beschuldigte Rudy den Direktor Helme der Untreue und des Meineides. Er, Helme, habe im Disziplinarverfahren gegen Rudy eine falsche Aussage gemacht. Die Staatsanwaltschaft stellte das Strafverfahren gegen Helme ein. Mit diesem Saupfahl Rudy's war es also nicht.

2. Der verstorbene Direktor Wängler, welcher die Untersuchung gegen Rudy führte, soll ein Protokoll gefälscht und einen Beamten nicht vernommen haben, obwohl dieser später seine Vernehmung durch Wängler als mäßig erklärt habe.

3. An den früheren Landtagsabgeordneten Freudenberger Weinheim soll ein größerer Kosten Kohlenanleihe (20000 L) verschwendet worden sein. Daraus hat die Bürgerliche Vereinigung schon früher eine Staatsaktion gemacht und eine förmliche Anfrage eingeleitet. Freudenberger hat daraus zwar mehrere tausend Mark profitiert, das Badenwerk hat jedoch keinen Verlust erlitten, sondern die Badische Bank, so daß auch darüber das Badenwerk kein Wort zu sagen gemacht werden konnte.

4. Rudy hat überhaupt behauptet, daß das Badenwerk durch die Kohlenanleihe einen Verlust von 4 Millionen Goldmark erlitten hat, in Wirklichkeit war für das Badenwerk ein Gewinn von 560000 M daraus erzielt worden. Wiederrum also kein Grund zu einer Beschwerde gegen das staatliche Werk.

5. An höhere Beamte sollen Gratifikationen und Gehaltszuschüsse gewährt worden sein, die erst später zurückgezahlt worden wären. Die Regierungsvertreter erklärten, daß diese Zuschüsse nur auf Reisen und Anwesenheiten gewährt worden seien und im Inflationsjahr 1923 kein Beamter und auch kein Privatmann ohne solche größere Zuschüsse auf Reisen gehen konnte. Die Gratifikationen seien in der Höhe von 20000 M beweislos ausgeschüttet worden, der Finanzanspruch des Badenwerks habe dies aber abgelehnt, weil andere Firmen in gleicher Weise vorgehen.

6. Direktor Helme war ferner von Rudy der Untreue beschuldigt worden bei Vergebung eines Darlehens an die Stadt Königsberg. Es war Vermittlungsprovision ausbedungen, es kam zu Auseinandersetzungen zwischen dem Badenwerk und Königsberg; das Badenwerk übernahm die Hälfte der Provision auf eigene Rechnung, aber keinesfalls ist Direktor Helme Untreue zuzuerkennen. Er hat durchaus kaufmännisch richtig gehandelt.

Ueber die weiteren sonstigen Anschuldigungen Rudy's, die sehr feindsüchtige Natur waren, mußte immer daselbe Verdict ausgesprochen werden: unerschütterliche Beschuldigung! Was soll man in einem Landtagsausschuß mit solchem Material machen? In sehr früheren Jahren, einen Beamten wie Rudy wieder zu erheben man ferner, wie dies der Finanzminister mitgeteilt und es von uns im letzten Bericht bereits erwähnt wurde, daß Rudy beim Landesbericht auf Weiterzahlung seines Gehalts nach Gruppe 8, von 1923 nach Gruppe 9, von 1924 nach Gruppe 10 gefordert hat, also alle Beförderungen vorzunehmen, kann er nicht die Schuldfolger sein, das es auch unbedenklich war, dem Geschäft Rudy's auf Wiedereröffnung im Staatsdienst Folge zu geben. Mit überarborer Mehrheit — mit 15 von 21 Stimmen — hat deshalb auch der Ausschuß für Geheime

Beginn des Fememordprozesses Wilms

Bergeblische Obstruktionsversuche der Verteidigung

Berlin, 11. März. (Gig. Bericht.) In dem Berliner Schwurgerichtssaal, in dem sich bis Donnerstag abend der Prozess Wilms abspielte, begann am Freitag vormittag der Fememordprozess Wilms. Unter der Anklage, den Feldwebel Wilms der „Schwarzen Reichswehr“ in Döberitz bei Berlin im Juli 1923 erschossen und in die Dose geworfen zu haben, stehen heute frühere Angehörige der „Schwarzen Reichswehr“: die früheren Oberleutnants Fuhmann, Schulz, v. Pöser, Stautien und Budzinski, der frühere Feldwebel Umhofer sowie wieder Leutnant Klapproth, der in dem Landesberger Fememordprozess wegen Beihilfe zum Mord zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist. Zwei der Mitläufer, die Feldwebel Jahnke und Wülfing, sind immer noch flüchtig.

Wilms, aus Neumünster gebürtig, war im Frühjahr 1923 nach Berlin gekommen und fand zunächst Anstellung bei dem sogenannten Arbeitskommando in Spandau. Von dort trat er als Feldwebel in die „Schwarze Reichswehr“ ein. Hier machte er sich sehr bald bei seinen Vorgesetzten unbeliebt, weil er eine Vereinigung der Unteroffiziere zur Wahrung ihrer Interessen gründen wollte. Mit der Zeit verlor Wilms dann in den Verdacht, mit Kommunisten und der Militärkontrollkommission in Verbindung zu stehen. Fühlig verschwand er. Seine Leiche wurde nach Wöden in der Nähe von Rathenow aus der Dose gefischt. Vor seiner Verhaftung wurde er von Döberitz nach Rathenow überführt, dabei zunächst schwer mißhandelt und schließlich durch einen Kopfschuß erledigt.

Die Verteidigung unternimmt zu Beginn der Verhandlung einen Vorstoß, um den Prozess zu verlagern. Sie lehnt das außerordentliche Schwurgericht unter Landratsdirektor Sienert, das wegen Ueberlassung des ordentlichen Schwurgerichts mit der Erledigung dieses Fememordprozesses beauftragt worden ist, ab und verlangt, daß der Fall Wilms vor dem Schwurgericht des Landgerichtsbezirks 9 ambe abgeurteilt wird, der seinerzeit den Fememord im Falle Panier hinter verschlossenen Türen erledigt hat. Die Verteidiger bemühen sich fruchtlos, es so hinzustellen, als ob es sich um ein Ausnahmegericht handle, das von der Justizverwaltung einseitig worden ist, um die Angeklagten ihrem ordentlichen Richter zu entziehen. Der Staatsanwalt widerspricht dieser Auffassung und betont, daß das außerordentliche Schwurgericht aus nothwendigen, triftigen Gründen mit dem Prozess betraut worden sei. Die deutschen nationalen Verteidiger der Angeklagten berufen sich sogar auf die Weimarer Verfassung zugunsten der „freien Bürger der Republik“, wonach sie die Schulz, Klapproth und Genossen mei-

nen. Fast alle Verteidiger erreichten nacheinander das Wort, sie alle erklären mehr oder minder unerbittlich, nur Landgerichtsdirektor Kombe könne berufen sein, auch diesen Fememordprozess zu erledigen. Das Gericht lehnte aber den Antrag auf Verlegung ab.

Abgelehnt wurde ferner ein Antrag auf Aufhebung der Öffentlichkeit. Dann begann die

Bernehmung der Angeklagten.

Nur während der Bernehmung des Oberleutnants a. D. Schulz wurde die Öffentlichkeit für eine halbe Stunde ausgeschlossen. Schulz verweigerte sich über seine Tätigkeit im Arbeitskommando II und förderte die bekannte Organisation in Rützin. Den bei dem Arbeitskommando Eintretenden wurde ein Verbot gegen die Stillhaltung abgenommen. Drohungen mit der Todesstrafe sollen erst später erfolgt sein. Auf Befragen des Vorsitzenden schilderte Schulz dann die Munitionshandlung in Rützin, die in Landsberg im Prozess Gaebele verhandelt worden war. Wilms sei nicht auf seinen Befehl nach Spandau verbracht worden. Ueber die Unterstellungen Wilms habe der Truppenführer ein Protokoll aufgenommen.

Dann wurde Dr. Stautin vernommen, der angibt, der Vertreter des Schulz beim Arbeitskommando III gewesen zu sein. Der Vorsitzende hält Stautin vor, daß er den Schützen Panier selbsterledigt habe, jedoch ihn sein Schicksal ereilt habe. Stautin gab dann an, daß er von Schulz im Falle Wilms mit den Ermittlungen betraut gewesen sei, als von Diebstählen des Wilms etwas bekannt geworden sei. Wilms habe diese Diebstähle und Unterstellungen ausgegeben. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Leute bei ihrer Einstellung mit dem Tode bedroht worden seien, wenn sie nicht „dicht blickten“, erklärte Stautin, er habe bereits in Landsberg unter Eid ausgesagt, daß dies nicht der Fall gewesen sei.

Der Angeklagte Budzinski, der Kommandant der 3. Abteilung in Spandau war, erklärte bei seiner Bernehmung, er könne sich auf die Einzelheiten des Falles Wilms nicht mehr besinnen. Auf Vorhalt des Vorsitzenden gab der Angeklagte dann an, wenn er das Schicksal des Feldwebels Wilms gekannt hätte, dann hätte er zu ihm gesagt, er solle sich nicht machen, daß er weantomme. Der Angeklagte Fuhmann erklärte, daß er wegen der vorgelegten Urkunden der Verhandlung nicht mehr folgen könne. Deshalb trat Bernehmung am heute vormittag 9 Uhr ein.

und Beschwerden beschlossen, über den Rudy'schen Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Der Fall Rudy wird nun wahrscheinlich noch im Plenum des Landtags behandelt werden. Gestraften ist jedoch, daß schon die Ausschussverhandlungen dem parlamentarischen Schlichter der Bürgerlichen Vereinigung eine schwere Schlappe beigebracht haben; auch die Plenarverhandlungen werden ein anderes Ergebnis nicht zeitigen.

Aus der Partei

Bekanntmachung des Parteisekretariats Karlsruhe

Freitag, den 18. März:
Ettlingen: abends 8 Uhr im „Walden Mann“. Thema: Gegenwärtige Lage und Parteiprobleme. Referent: Gen. Prof. W. H. Schmidt-Karlsruhe.

Samstag, den 19. März:
Breiten: abends 8 Uhr im „Bürgerlicher Hof“. Thema: Gegenwärtige Lage und Parteiprobleme. Referent: Prof. Gen. W. H. Schmidt-Karlsruhe.

Appenweier: abends 8 Uhr im „Badischen Hof“ Lichtbilder-Vortrag: „Der Bauernkrieg“. Referent: Gen. D. E. Schuler-Karlsruhe.

Leutesheim: abends 8 Uhr im „Schwanen“ Lichtbilder-Vortrag: „Der Arbeiter und die Menschheit“. Referent: Lehrer Gen. A. S. Mann-Forsheim.

Marlen Amt Rehl: abends 8 Uhr im „Dahle“. Thema: Deutsches Volk und Reichstag. Referent: Reichstagsabg. Gen. Schöpflin-Karlsruhe.

Donnerstag, den 20. März:
Unterzweheim: mittags 2.30 Uhr in der „Traube“. Thema: Entschleunigung der Welt und des Lebens. Referent: Prof. Gen. Wilhelm-Karlsruhe.

Wietingheim Amt Rehl: mittags 3 Uhr im „Dahle“. Thema: Die Sozialpolitik. Referent: Rentieramt Gen. D. E. Schuler-Karlsruhe.

Heidelberg Amt Rehl: abends 7.30 Uhr im „Adler“ Lichtbilder-Vortrag: Indien, ein Stillstand in der Weltgeschichte. Referent: Lehrer Gen. E. L. Schuler-Karlsruhe.

Zweigenhofen Amt Oberkirch: mittags 3 Uhr im Schulsaal Märdin-Nachmittags mit Lichtbildern; abends 8 Uhr Lichtbilder-Vortrag: Der Bauernkrieg. Referent: Genosse D. E. Schuler-Karlsruhe.

Ettlingen: mittags 2.30 Uhr Gemeindevorstand-Konferenz für die Ortsvereine des Amtsbezirks Forsheim. Tagesordnung: Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Gemeinden. Referent: Bürgermeister Gen. H. S. Durlach.

Neuenheim Amt Rehl: mittags 2 Uhr Märdin-Nachmittags für Kinder mit Lichtbildern; nachmittags 5 Uhr Lichtbilder-Vortrag: Die französische Revolution. Referent: Lehrer Gen. A. S. Mann-Forsheim.

Königsberg Amt Breiten: mittags 2 Uhr in der „Krone“ Zusammenkunft von Anhängern unserer Partei mit Vortrag des Gen. Trinks.

Rehl: vormittags 10 Uhr im „Barbarossa“ Mitglieder-Versammlung mit Vortrag des Gen. Reichstagsabg. Schöpflin über „Deutsches Volk und Reichstag“.

Rehl: mittags 3 Uhr im „Dahle“. Thema: Deutsches Volk und Reichstag. Referent: Reichstagsabg. Genosse Schöpflin.

Rehl: abend 7.30 Uhr im „Bären“. Thema: Die politische Lage im Reich und in Baden. Referent: Landtagsabg. Gen. K. A. D. Karlsruhe.

Sorget alle für guten Besuch dieser Veranstaltungen und für deren pünktlichen Beginn.

Trinks, Parteisekretär.

Gröningen. Vorleben Samstag sprach Genosse Hauptlehrer Kimmelman-Karlsruhe über das Thema „Die Sozialdemokratie und Schule“. Von der Vorgesichte unserer Schule ausgehend, kam er auf die Ursachen und Wirkungen der deutschen Schulkämpfe zu sprechen und sicherte die unerschütterliche Richtigkeit der Forderungen in der Schulgesetzgebung. So drückte sich der Kampf hauptsächlich in der Vorkriegszeit um die Frage Konfessions- oder Simultanschule? Die weltliche Schule fand nur ihre Vertretung in der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die aber im Drierteilstaat ohne Einfluß war. Dann änderte sich in schulpolitischer Hinsicht die Lage in Deutschland, hervorgerufen durch die Revolution 1918. Des weiteren besprach Redner noch den Weimarer

Schulkompromiß, den damaligen Gehaltswort zur Ausführung des Artikel 146 der Reichsverfassung, sowie dessen parlamentarische Erledigung, der allerdings für uns eine starke Enttäuschung brachte. Der Schicksale Entwurf kennzeichnete so richtig die deutsche nationale Schulpolitik. So wurden durch die Fülle von Entwürfen neue Fragen und Schwierigkeiten aufgeworfen, die immer wieder neuen Hindernissen in die weltanschaulichen Auseinandersetzungen waren und das deutsche Volk wird noch lange um seine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Gesundung kämpfen müssen. An den Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion an.

Gerichtszeitung

Der Antonfall vom 5. Oktober vor dem Schöffengericht in Karlsruhe

Am 5. Oktober vorigen Jahres hatte sich in Baden-Baden ein Autounfall ereignet, das den Gegenstand einer Verhandlung vor dem Karlsruher Schöffengericht unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsdirektor Dr. Kuzmann bildete. Angeklagt waren der Holzhändler Friedrich Reich und dessen gleichnamiger Sohn, beide aus Baden-Baden. Am dem Unglückstage führte der Sohn einen mit Langholz beladenen Lastkraftwagen durch die Lichtentaler Straße. Auf dem nassen Asphalt kam der Wagen ins Rutschen. Er geriet gegen einen Randstein und stand schieflich quer über die Straße. Durch das über den Wagen hinausragende Holz wurde einer des Reges kommenden Frau der Brustkorb eingedrückt, die im Krankenhaus an der schweren Verletzung verstarb. Die Anklage beschuldigt Vater und Sohn der fahrlässigen Tötung. Das Gericht kam für den Vater zu einem freisprechenden Urteil, während es den Sohn zu 400 M Geldstrafe anstelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von 2 Monaten verurteilte.

Der Offenburger Schwarzbrennerprozess in neuer Auflage

Offenburg, 11. März. Gestern wurde vor dem hiesigen Schöffengericht das in der Dezemberberatung abgeurteilte Verfahren gegen den Kaufmann Wilhelm Alth aus Maadenburg und den Direktor Wille, ehem. Geschäftsführer der Deutschen Industrie- und Handelskammer aufgenommen. Den Vorsitz führt Amtsgerichtsrat Steurer-Gengenbach. Voraussichtlich wird die Verhandlung bis Dienstag abend dauern. Zunächst wurde Kaufmann Alth über seine verschiedenen geschäftlichen Beziehungen gehört. Der Angeklagte schilderte dabei seine Beziehungen zur Stadtbank Maadenburg bzw. zu Direktor Wendelsohn und daran anschließend sein Zusammenreffen mit badischen Brennern. Es wurde im Verlauf der Vernehmung auf eine Reihe von Einzelheiten zurückgegriffen, die schon in der Dezemberberatung erörtert worden sind. Dabei wurde auch das Zusammenreffen Alth's mit einigen Schwarzbrennern in Süddeutschland erörtert. Der Angeklagte Alth erklärte, daß er von den geheimen Vorrichtungen an den Abblähschneidern der Sammelgefäße erst Kenntnis bekommen habe, nachdem er die Verträge mit den süddeutschen Brennern geschlossen hatte. Auch die Beziehungen mit Spiritus-Weber und süddeutschen Brennern werden erörtert.

Gefährlicher Branntwein

Offenburg, 11. März. Verachtetes Aufsehen erregten vor etwa einem Jahre die Enthüllungen über die geschäftlichen Praktiken einer Offenburger Firma, die einen Grobhandel mit Branntwein betrieb. Die Firma kaufte minderwertigen Spiritus, jenen Methylnalkohol, auf, vermischte denselben mit Dönschäusen und brachte die Mischung als Trimbrenntwein in den Handel. Die Folgen der leichtfertigen Geldmacherei blieben nicht aus, der Genuß des Getränkes kostete mehreren Menschen das Leben. Wegen der Inhaber der Firma wurden von der Staatsanwaltschaft Offenburg die entsprechenden Schritte unternommen. Nach dem Ergebnis der Voruntersuchung, bei der umfangreiche Erhebungen notwendig waren, ist der Fall neben spruchreife, es soll demnächst gegen die in die Angelegenheit verwickelten Angeklagten vor dem Offenburger Gericht verhandelt werden. Einer der Hauptbeschuldigten, der Kaufmann E. F. F. F. F., befindet sich seit längerer Zeit zur Beobachtung seines Geisteszustandes in der psychiatrischen Klinik in Freiburg. Ebenfalls wird das Ergebnis der Beobachtung mitzuteilend sein, inwiefern ihn eine strafrechtliche Verantwortung an dem frivolen Spiel mit Menschenleben trifft.

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 14. März

Geschichtskalender

14. März: 1803 Dichter Fr. Gottlieb Klopstock. — 1835 Astronom Gianmarconi. — 1879 Physiker Albert Einstein, Begründer der Relativitätstheorie. — 1883 Karl Marx. — 1891 Politiker Ludwig Windthorst. — 1920 Politischer Generalstreik, Protest gegen Kappherrschaft.

Parteinachrichten des Soz. Vereins Karlsruhe

Soz. Bürgerauschussfraktion. Heute Montag, 14. März, abends 8 Uhr, im Stadtratssaal Fraktionsstimmung. Gen. Dr. Lohp, Berlin vom Hauptstadtsand des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes wird über die Gasfern- versorgung sprechen. Vollständiges Erscheinen der Fraktionsmitglieder ist erforderlich.

Besitz Aussch. Dienstag, 15. März, abends 8 Uhr, Sitzung der Vertrauensmänner und Vorstandsmittelglieder im Lokal zum „Eichbaum“.

Besitz Aussch. Am Donnerstag, den 17. März, abends 8 Uhr, findet im „Bernhardushof“ unsere Generalsammlung mit Vortrag statt. Wichtigt eines jeden Parteigenossen und jeder Genossin ist es, bei dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. Die Vorstandsmittelglieder treffen sich eine Stunde früher im gleichen Lokal.

Aus der Stadtratssitzung

vom 10. März 1927

Ernung. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmet der Oberbürgermeister dem am 4. März unerwartet rasch verstorbenen Direktor des städtischen Schlacht- und Viehhofes, Veterinär Friedrich Bayersdorfer, einen warmen Nachruf. Er gedenkt seiner langjährigen, ausgezeichneten Wirksamkeit als Leiter der für die Lebensmittelforschung der Stadt wichtigen Anstalten, die unter seiner Führung sich zu unübertrefflichen Leistungen entwickelt haben und zu einem wirtschaftlichen Mittelpunkt für weite Teile des Badischen Landes geworden sind. Er widmet ihm weiter herzlichste Worte des Dankes und der Anerkennung für seine hingebendste Mitarbeit bei der Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch und Milch in den schweren Kriegsjahren 1914—1918 und für seine sonstige, vielseitige und erprobte Tätigkeit auf anderen, seiner beruflichen Arbeit nachfolgenden Gebieten. Zum Zeichen der Zustimmung zum ehrenden Gedenken an den Dahingegangenen erheben sich die Mitglieder des Kollegiums von den Sitzen. Die Stadtverwaltung hat einen Lorbeerkranz in den Farben der Stadt an der Bahre des Heimgangenen niederlegen lassen und den Hinterbliebenen das Beileid der Stadt zum Ausdruck gebracht.

Bürgerauschussversammlung. Der Vorsitzende gibt die Tagesordnung für die Dienstag, 22. März, nachmittags 4 Uhr, im Bürgerloale des Rathauses stattfindende öffentliche Versammlung des Bürgerauschusses bekannt.

Pestalozzi-Gedächtnisfeier. Aus Anlaß des 100. Todesjahres des großen Pädagogen Johann Heinrich Pestalozzi veranstaltet die Stadtgemeinde in Verbindung mit der Karlsruher Lehrerschaft und dem Karlsruher Lehrergesangsverein Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im großen Saale der städt. Festhalle eine Gedächtnisfeier, zu der jedermann unentgeltlich Zutritt hat. Näheres wird durch die Tageszeitungen bekanntgegeben.

Wertzunahmesteuer. Beim Bürgerauschuss wird die Zustimmung dazu beantragt, daß mit Wirkung vom 1. April 1927 an die Wertzunahmesteuer auch bei der Veräußerung von den Grundstücken erhoben wird, deren Veräußerer das Eigentum an den Grundstücken in der Zeit nach dem 31. Dezember 1924 erworben haben.

Bom Stadtgarten. In der Nacht vom 1. auf 2. März wurden von unbekannter Hand dem Holländer Strauß (Emu) im Stadtgarten Federn am Halse ausgerissen, so daß das Tier erhebliche Verletzungen erlitten hat. Der Stadtrat legt für die Ermittlung des Täters dieser rohen Handlung eine Beschlusse von 100 M an.

Strahlantrag. Wegen eines hier wohnhaften Mauerer wird Strahlantrag wegen Sachbeschädigung gestellt, weil er mutwillig eine Fensterscheibe an einem städtischen Hause eingeschlagen hat.

(1) Kurzus über moderne Betriebsführung und Betriebskontrolle. Der als ausgezeichnete Sachkennner auf dem Gebiete der kaufmännischen Geschäftsorganisation bekannte kaufmännische Berater für Handel und Industrie, Herr Otto Gerlach-Hamburg hielt vor kurzem auf Veranlassung der Handelskammer Karlsruhe im großen Sitzungssaal der Handelskammer einen Kurzus ab, der sich über 4 Abende erstreckte und in dem Herr Gerlach in eingehender Weise über Geschäftsorganisation, kaufmännische Statistik, moderne Betriebsführung und Betriebskontrolle unterrichtete. Der Redner verstand es, den zahlreichen Kursteilnehmern aus Industrie und Handel an Hand von Beispielen klar zu legen, wie ein Geschäftsinhaber sich mit Hilfe einer einfachen, praktisch angelegten Statistik den notwendigen Überblick über den Stand seines Geschäfts jederzeit verschaffen kann. Die Ausführungen wurden sehr beifällig aufgenommen.

(2) Süddeutscher Rundfunk, Vespersprechstunde Karlsruhe. Wie seinerzeit mitgeteilt, hat die Karlsruher Vespersprechstunde am 3. ds. Mts. einen Vorabend gesendet, der einen ungewöhnlich starken Erfolg gehabt hat. Circa 75 durchwegs lobende und teilweise direkt begeisterte Zuschriften sind bei der Vespersprechstunde aus allen Teilen Deutschlands eingelaufen. Auch die entferntesten Gebiete sind vertreten: Danzig, Königsberg, Wilhelmshafen etc. Eine Zuschrift stammt sogar aus Dänemark. Gleichermassen werden die Leistungen der Sänger (Hete Stechert, Hans Vullhard und Adolf Vogel), wie besonders auch die der Volkstheaterkappelle unter Leitung von Obermusikmeister Helbig gelobt. — Die nächste Karlsruher Sendung ist am Sonntag den 13. ds. Mts., morgens 11.30 Uhr eine Bach-Motettenfeier unter Leitung von Heinrich Cassimir und unter Mitwirkung von Fr. Neff und den Herren Dr. Brüdner, Spittel und Klum.

(3) Arbeiterbildungsverein. Einen außerordentlich interessanten Abend veranstaltet der Verein am Dienstag, den 15. März, im Saale seines Vereinshauses. Professor Karl Rohbach wird über den „Top des modernen Menschen“ sprechen. Er wird den modernen Menschen zeichnen nicht wie er sein soll, sondern wie er ist und dabei besonders den Diesseitigenmenschen, den Wirklichkeitsmenschen, für den das ganze Leben zum Mechanismus wurde, im markanten Strichen beleuchten, um damit dann auch die feilschen Hintergründe zu erhellen. Als wesentliche Typen werden sich herausstellen der Arbeiternehmer und der Arbeitergeber. Die Einstellung dieser beiden Typen zum Leben, zur Welt wird Professor Rohbach in umfassender Weise darlegen. — Zu diesem interessanten Abend haben neben Mitgliedern auch Nicht-Angehörige des Vereins freien Zutritt.

Gefallenen-Gedenkfeier

Kundgebung des Karlsruher Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ und der republikanischen Vereine

Anlaßlich des Volkstrauertages veranstaltete gestern nachmittags 11 Uhr das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold auf dem städtischen Ehrenfriedhof eine überaus würdige und eindrucksvolle Gedächtnisfeier für die Gefallenen des Weltkrieges, an der sich auch die republikanischen Vereine mit ihren Führern beteiligten. Auch die Sozialdemokratische Partei beteiligte sich offiziell an dieser Veranstaltung. Um 11 Uhr sammelten sich die Vereine in der Parkstraße und marschierten unter Vorantritt des Reichsbanners nach dem Friedhof, wo sich bei Eintreffen derselben bereits eine große Menschenmenge im entsprechend dekorierten Vorplatz des Ehrenfriedhofes eingefunden hatte. Nachdem ein gedämpfter Trommelschlag der Spielleute die Feier eröffnete, sang ein in der Nähe aufgestellter Massenchor der vereinigten Arbeiterkammer ein Trauerlied. Hierauf betrug Karlsruher Kappes die improvisierte Kausel und hielt eine kurze aber wohlüberlegte Gedächtnisrede,

der er folgende Gedanken zugrunde legte: Es klingen die Glocken überall in deutschen Landen: Memento! Seele, vergiß sie nicht! Ueber unsern Häuptern drängen die Säulen des Märs, zu unsern Füßen spricht das erste Grün der erwachenden Erde. In unserer Erinnerung wachen die vier Frühjahre auf, die wir an der Front erlebten. Wenn in die Gräben hinein das erste Grün wuchs, wenn der Märzsturm seine Stimmen zu uns trug, Stimmen der Auflehnung gegen den Widerstand des Sterbens, Stimmen der Hoffnung und des Muts, Stimmen der Annäherung eines unerhörten Neuen, das kommen soll aus dem Unterraum. Und es kamen die Schlachten des Sommers, die Hoffnungslosigkeit des Herbstes und Winters. An all den Schlachtfeldern stehen wir heute in Gedanken. Wahrhaftig und ohne falsche Verklärung haben wir alle die Mühseligkeiten mit, die erduldet wurden. Die Ströme von Tränen, die vergossen wurden von Müttern und Frauen, von Kindern und Angehörigen bringen an unsere Seelen. Hatte denn all dies Sterben und Weiden einen Sinn? Soll ewig die Reite bleiben: Afrika, Arien, Niederlande, Kevanah, Sien, Afrika ...

Wir feiern in März unsern Gedenktag. Und es trägt der Sturm des Frühlings die Deutung zu uns. Nur wenn das Saatentorn in die Erde gesenkt wird und erstirbt, bringt es die Frucht. Nicht nur für den Einzelnen haben wir die Hoffnung auf ein Leben des Geistes über den Tod hinaus. Die Gefallenen sind in ihrer Gesamtheit eine Saat, gesät in den Aker der Zeit. Das Saatentorn verweht. Es scheint sich ganz aufzulösen in dem Akerboden und darin unterzugehen. Aber die Keimkraft bleibt. Sie entsinkt sich. Sie dringt durch die schwere Erde. Sie sprengt das Gestein. Und die Gefallenen einengangen in die furchtbare Welt unserer Kampferissenheit, der Gegenstände zwischen den Rassen, den Klassen, Parteien, Konfessionen, in die Welt der absoluten Sinnlosigkeit, der Herrschaft der brutalen Macht, der Entweihung alles Menschlichen. Sie sind untergegangen in dieser Welt bis zu ihrer einen Vernichtung. Und doch blieb das Lebendige in ihnen bewahrt, die Auflehnung gegen diese Ordnung, der Wille zu einer neuen Gestaltung, die Abnung einer Welt des Rechts und des Friedens. Diese Keimkraft muß aufgehen in uns, in der Welt, an der wir schaffen. Und ein anderes Bild heutzutage ist noch das Schicksal. Um uns sind die dunklen Kreuze, geschnitten mit den grünen Kränzen. Am Eingang der ersten Passionszeit denken wir der Menschheitsopfer des Kriegeres. Das Kreuz ist uns nicht das Symbol des Todes. Der, der am Kreuz geißelt wurde, trug ja dort den Sieg über den Tod davon. Geist, Liebe, Wahrheit läßt sich nicht töten. Alle die Mächte, welche ihn hängen wollten, wurden beiseite geschleudert und mühen den Auferstehenden freizugehen. Das Kreuz wird zum Symbol des Lebens. Wer für eine ewige Sache kämpft, kann nie untergehen. So stehen die, in deren Tod sich der Übergang einer alten Welt vollzog, als die Lebenden vor uns. Auf den Stürmen des März bringen ihre Stimmen aus der Ewigkeit zu uns und fordern Antwort von uns, rufen uns zur Verantwortung. Uns ist es aufgetragen, die neue Welt des Friedens, der Ordnung einer besseren Gerechtigkeit zu schaffen. Dann hat das unerhörte Opfer einen Sinn, wenn wir in unserem Leben, in unserem Schaffen unserer Verantwortung vor den Gefallenen uns bewußt sind. So erst ist unsere Aufgabe, weil sie durch ein so unermeßliches Todesopfer gefordert ist. Wir beugen uns zu ihren Gräbern nieder und danken. Und wir heben unsere Häupter und geloben die Treue an dem Werk, das sie uns hinterlassen haben, die Treue mit dem Einsatz unserer ganzen Kraft. Treue um Treue!

Nach der zu Herzen gehenden Rede spielte die Reichsbannerkapelle unter Leitung des Kapellmeisters das alte Soldatenlied „Ich halt' einen Kameraden“, während dem sich die Fahnen zum Gedächtnis der Toten schwenkten. Nachdem die letzten Töne verklungen, sprach der erste Führer des Reichsbanners

Ram. Heinnuth und gelobte in einer kurzen, feierlichen Ansprache unverrückliche Treue den Toten, die ihr Bestes für die Heimat, für das Volk hingeben mußten. Das Herz kramte sich zusammen beim Anblick der vielen Kreuze, unter denen so viele prächtige Menschen zum ewigen Schlaf ruhen geblieben sind. Wir, die wir auf dem Boden einer neuen Volksgemeinschaft stehen, drücken ihnen

im Geiste die Hand und wollen alles dafür einlecken, daß dieser neue Gemeinschaftsgeist lebendig wird im Volke, der Geist der dem Frieden und nicht dem Kriege dienen und der auch den Willen zur Neuordnung unserer sozialen Verhältnisse befruchtet soll. Das Reichsbanner glaubt in unserer historischen Zeit dem Volke und dessen Zukunft gegenüber seine Pflicht getan zu haben. Es wird ebenso treu wie zu unsern Gefallenen auch fernerhin zum Volke stehen. Zum Zeichen dieser Treue lasse der Redner einen Kranz am Ehrenmal nieder.

Nach einem weiteren Spiel der Reichsbannerkapelle sprach der 1. Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins Karlsruhe

Genosse Rohbach Seine Gedanken galten hauptsächlich den Müttern aller Länder, die dem Irman des Krieges Gefallenen von Söhnen opfern mußten, die auch beim Karlsruher Kindermord. Deshalb wollen wir allen, die heute noch nicht von dem Irman des Krieges zu heilen sind, zurufen: Seht hier die Opfer dieses Irmanes! Seht alles ein, daß diesem Irman ein Ende bereitet wird.

Mit diesen Worten legte der Redner ebenfalls einen Kranzspende am Ehrenmal nieder.

Ein weiterer Choral der Reichsbannerkapelle und abgedämpfter Trommelschlag der Spielleute beendete die eindrucksvolle Gedächtnisfeier, die bei allen Beteiligten einen tiefen Eindruck hinterließ.

Nach Schluß der Feier zog das Reichsbanner mit klingendem Spiel durch die Stadt nach dem Ludwigsplatz, wo sich der Zug aufstellte.

Unangenehm fiel bei der Feier auf, daß die Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden nicht vertreten waren. Anerkennend hervorzuheben ist die sinnige Schmäkung der Gräber mit Kränzen, die von Schulkindern unter Aufsicht der Friedhofgärtnerin Steinbach erfolgt ist.

Die Feiern des Volkstages deutscher Kriegsgräberfürsorge

Am 3. Uhr nachmittags fand unter Teilnahme einer großen Menschenmenge am Ehrenmal des Ehrenfriedhofes eine Feier des Volkstages deutscher Kriegsgräberfürsorge statt. Hierzu hatte sich für die Regierung der Minister für Kultur und Unterricht Lees eingehunden. Der Landtag war durch seinen Präsidenten Baumgartner, die Stadtwaltung durch den Oberbürgermeister Dr. Finter vertreten. An der Spitze der Reichsbannerkapelle des Vereins Volkstagesminister hielt der evangelische Stadtpfarrer Herrmann die Gedächtnisrede, worin er dem Gedanken Ausdruck verlieh, daß der Volkstrauertag alle Klassen und Stände zu einer großen Schicksalsgemeinschaft zusammenschließen und so ein Tag des Heils für das deutsche Volk werden möge. Danach eröffnete der Oberbürgermeister mit einer prächtvollen Kranzspende der Stadt Karlsruhe die Reihe der Kranzüberlegungen. Am Abend fand eine offizielle Gedächtnisfeier im großen Festballsaal statt, der bis auf den letzten Platz besetzt war. Man sah wiederum Minister Lees, den Landtagspräsidenten und den Oberbürgermeister, ferner die Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden. Die „Niederlande“ und die Dramatikappelle bestritten das Programm der Veranstaltungen, in deren Verlauf an Stelle des erkrankten Staatspräsidenten Dr. Trunt, Unterrichtsminister Lees die Gedächtnisrede hielt. Er feierte die Toten und führte aus, daß wir ihnen in Treue nachfolgen und nachsehen nur dadurch können, daß wir alles einsehen, um auf dem Fundament, das durch sie uns erhalten blieb, zum Segen von Volk und Heimat im Frieden weiter zu arbeiten. Der Minister schloß mit dem Wunsch, daß die Jugend mit uns ihre Pflicht gegenüber der Heimat und dem Volke im treuen Gedenken an die Toten und in brüderlicher Liebe tun möge.

Großes Mißfallen beim gestrigen Volkstrauertag hat die päpstliche Beflagung der Gebäude erregt. Das sonst so national tuende Karlsruher Bürgerium, das a. B. beim Grenadiertag für die Lebenden und Grenadiere in überreicher Fülle beflaggt, gedenkt in seiner großen Meise bei den toten Grenadiere und der anderen gefallenen Soldaten nicht einmal durch Beflagung der Gebäude. Und dies, trotzdem der Oberbürgermeister in einer Befehlsmachung zur Beflagung aufgefordert hatte.

Kranzüberlegungen. Eine Abordnung des Stadtrats, bestehend aus dem Oberbürgermeister, Bürgermeister Dr. Klein, Schmidt, den Stadträten Schwan, Wüster und Neiff, hat gestern namens der Stadtgemeinde anlaßlich des Volkstrauertages Kränze mit Schleißen in den Stadtfarben an den Kriegsgräbern und an den Gräbern der Hingegangenen auf dem Hauptfriedhof niedergelegt. Ferner hat die Stadt Kränze an den Kriegsgräbern auf dem alten Friedhof, am Kriegsdenkmal am Ettinger-Tor, am Leibgrenadier-Denkmal, am Artillerie-Denkmal und an den Kriegsdenkmälern in den Stadtteilen Mühlburg, Darleuden, Rintheim und Rappurh niederlegen lassen.

Aus das badische Staatsministerium hat auf dem Ehrenfriedhof einen Kranz niederlegen lassen.

Beranstaltungen des heutigen Tages

Bad. Landesheater: Volkspiel Anna Pawlowa mit ihrem Ballettensemble. Von 8—10.30 Uhr.

Maschinen-Bereinigungsanstalt Karlsruhe: Abends 8 Uhr im „Erbsenprinzesschen“ Vortrag von Hr. Binson, San-Francisco: „Christus die Neudornung“.

Bad. Volkstheater (Konzerthaus): „Lühows wilde verwegene Saad“. Abends 8 Uhr.

Colosseum: Neue-Gastspiel: Wieder Metropolis. 8 Uhr.

Reichsbanner-Volkstheater: Nachmittags ab 3 Uhr „Im weißen Rößl“. „Er“ als Feuerwehmann. Trianon-Ausstandswache.

Kammer-Volkstheater: „Water werden ist nicht schwer.“ Weiprogramm.

Palast-Volkstheater: „In Treue Hart“. Weiprogramm.

Garantiert am 25. März findet die Ziehung der Bad. Viote Kreuz-Lotterie statt. Der Losverkauf ist nur noch klein, weshalb rechtzeitiger Verkauf zu empfehlen ist. — Es kommen bei derselben 1513 Gewinne im Betrage von 12.500 M. Das bar ohne Wska zur Bezahlung, Höchstgewinn 5000 M. Das Los kostet nur 1 M., 11 Stück 10 M. Näheres ist aus den Inseraten zu ersehen.

